

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Vollabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Hinter Preispand, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz.

I.

„Wer sich in Deutschland mit allen Erscheinungen herumzanken wollte, der würde sich schon im ersten Vierteljahre zu Tode ärgern. Nein, so dumm war ich nie; ich habe bessere Diät gehalten. Ich sah nur immer auf den Grund der Erscheinungen, auf den breiten Grund, der hundert Gattungen und tausend Arten und Spielarten verschiedener Früchte trägt. Wäre nun auch eine Erscheinung vorübergegangen, was änderte das, so lange der Grund geblieben? Die Früchte, die ein Baum im vorigen Jahre getragen, trägt er freilich in diesem Jahre nicht; aber es ist die nämliche Art, es ist die alte Wurzel, und der alte Stamm, und alte Klagen brauchen darum nicht zurückgenommen zu werden.“

An diese Worte Borne's wurden wir bei Durchsicht der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz recht lebhaft erinnert. Wenn auch der „eiserne Kanzler“ sammt seinem „schneidigen Sozialistengesetz“ vor nicht langer Zeit zum „alten Eisen“ gelegt wurden — der Grund ist geblieben, es ist die alte Wurzel und der alte Stamm, auf welchem die neuesten Früchte zur Verbesserung der „sozialreformatorischen Gesetzgebung“ gewachsen sind. Es ist derselbe Bureaokratismus, der aus jeder Felle hervorleuchtet, der schon früher den launigen Professor Lujo Brentano zu dem Ausspruch Veranlassung gab, daß die Verquickung der Sozialgesetzgebung mit dem Bureaokratismus keine andere Wirkung haben könne, als den Arbeitern einen tiefen Widerwillen einzuflohen.

Brentano hat in diesem Falle unzweifelhaft das Richtige getroffen. Nicht allein in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch bei vielen Unternehmern, namentlich den sogenannten „kleinen“ Handwerkern, ist ein tiefer Widerwillen gegen diese — man möchte fast sagen ungeheuerlichen — bürokratischen Einrichtungen vorhanden, wenngleich nicht verschwiegen werden soll, daß der Widerwillen in den Unternehmungskreisen zum Theil ganz anderen Motiven entspringt, als bei den Arbeitern.

Wer nun aber der Meinung sein sollte, daß diesem Widerwillen in der Novelle Rechnung getragen ist, der irrt sich gewaltig. Es sind nicht nur alle bürokratischen Bestimmungen im Gesetze geblieben, sondern noch eine Reihe neuer hinzugefügt. Warum auch nicht? Ist man doch in den „höheren“ Kreisen von der Vortrefflichkeit der „sozialpolitischen Maßnahmen“ so sehr überzeugt, daß beispielsweise die „Berliner Politischen Nachrichten“ schon im No-

vember 1886 schreiben konnten: „Während nach Einführung des Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzes die Sozialdemokraten sich den Anschein gaben, als ob diese Einrichtungen ohne Belang für die Interessen der Arbeiter wären und von diesen mit großer Gleichgültigkeit aufgenommen würden, stellt es sich nunmehr, nachdem die Gesetze längere Zeit in Kraft sind, als unzweifelhaft heraus, daß die Arbeiter die Vortheile dieser für sie geschaffenen Institutionen wohl zu schätzen wissen. Wer Gelegenheit hat, mit Arbeitern zu verkehren und Veranlassung nimmt, ihre Ansichten über diese Wohlfahrts-Einrichtungen zu hören, der wird in den allermeisten Fällen sich überzeugen, daß von ihnen der Werth der Versicherungs-Gesetze völlig gewürdigt wird.“ Also, wozu von der beiretenen Bahn abweichen? „Hat auch noch nicht jeder Arbeiter sein Huhn im Topfe“, so weiß er doch den Werth der Versicherungs-Gesetze völlig zu würdigen und wird sich gewiß freuen, wenn der bürokratische Jopf, der diesen Gesetzen anhängt, noch ein Stück länger wird.

Betrachten wir das zur Zeit gültige Krankenversicherungs-Gesetz näher, so finden wir, daß dasselbe, eingetheilt in 88 Paragraphen, in 41 derselben eine Einwirkung der Behörden zuläßt.

Nach § 2 bedürfen die Vorschriften einer Gemeinde über die weitere Ausdehnung des Versicherungszwanges der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde; nach § 8 setzt letztere den ortsüblichen Tagelohn fest; nach § 9 muß ihr ein Rechnungsabluß über die Gemeinde-Krankenversicherung eingereicht werden; nach § 10 können nur mit ihrer Genehmigung die Beiträge bis zu 2 pCt. erhöht werden und sie kann die Herabsetzung der Beiträge verfügen, wenn den in Absatz 3 vorgeschriebenen Maßnahmen seitens der Gemeinde nicht Rechnung getragen wird.

Nach § 12 kann die höhere Verwaltungsbehörde die Vereinigung mehrerer Gemeinden zu gemeinsamer Versicherung anordnen und auch die Beschlüsse mehrerer Gemeinden betreffs gemeinsamer Versicherung bedürfen ihrer Genehmigung. Nach § 13 kann sie ebenfalls unter einer bestimmten Voraussetzung die Vereinigung mehrerer Gemeinden zu gemeinsamer Versicherung anordnen, sie kann ferner anordnen, daß der weitere Kommunalverband in die Stelle der einzelnen Gemeinden zu treten hat, sie hat ferner die erforderlichen Vorschriften über die Verwaltung zu erlassen.

Nach § 14 kann die höhere Verwaltungsbehörde die Vereinigung auflösen und in diesem Falle über die Verteilung eines etwa vorhandenen Reservefonds Bestimmung treffen. Nach § 16 entscheidet sie,

wenn gegen die Einrichtung einer gemeinsamen Ortskasse Widerspruch erhoben wird. Nach § 17 kann sie die Gemeinde verpflichten, Ortskassen zu errichten, nach § 18 kann sie die Errichtung einer Ortskasse gestatten und nach § 24 bedarf das Kassenstatut ihrer Genehmigung. Nach § 30 hat die höhere Verwaltungsbehörde vor der Genehmigung des Statuts eine sachverständige Prüfung herbeizuführen, wenn Zweifel über die richtige Bemessung der Beiträge entstehen; nach § 33 hat sie die Beschlussfassung anzuordnen oder selbst die erforderliche Abänderung des Statuts zu vollziehen, wenn die Vertretung der Kasse den in diesem Paragraphen getroffenen Bestimmungen nicht nachkommt. Nach § 35 ist zur Legitimation des Vorstandes eine Bescheinigung der Aufsichtsbehörde erforderlich; nach § 34 und § 37 wird die erstmalige Wahl, sowie spätere Wahlen, bei denen ein Vorstand nicht vorhanden ist, von einem Vertreter der Aufsichtsbehörde geleitet; nach § 39 erennt letztere den Vorstand oder die Vertreter zur Generalversammlung, wenn die Wahlen von den Mitgliedern verweigert werden. Nach § 40 sind Berichtspapiere bei der Aufsichtsbehörde oder nach deren Anweisung wahrlich niederzulegen. Nach § 41 ist die Kasse verpflichtet, in den vorgeschriebenen Fristen und nach den vorgeschriebenen Formularen Uebersichten über die Mitglieder u. s. w., sowie einen Rechnungsabluß der Aufsichtsbehörde einzureichen, auch ist die höhere Verwaltungsbehörde befugt, über Art und Form der Rechnungsführung Vorschriften zu erlassen. Nach § 42 können Verwaltungsbeamte, welche verfügbare Gelder der Kasse in ihrem Nutzen verwenden, unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung, durch die Aufsichtsbehörde angehalten werden, das in ihrem Nutzen verwendete Geld zu verzinsen. Nach § 43 kann die höhere Verwaltungsbehörde die Errichtung gemeinsamer Orts-Krankenkassen für einzelne Theile ihres Verwaltungsbezirks anordnen, auch bedürfen die Beschlüsse mehrerer Gemeinden zwecks Einrichtung gemeinsamer Ortskassen ihrer Genehmigung. Nach § 44 wird die Aufsicht über die Kassen von den Gemeindebehörden, sowie von den höheren Verwaltungsbehörden und von den seitens der Landesregierungen zu bestimmenden Behörden wahrgenommen. Durch § 45 sind der Aufsichtsbehörde die weitgehendsten Befugnisse über die Kassen eingeräumt. Nach § 46 bedarf das Statut eines Verbandes mehrerer Kassen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde; nach § 47 kann sie Ortskassen schließen oder auflösen, auch hat sie Entscheidung über die Zuwendung des verbleibenden Vermögens zu treffen. Nach § 48 stehen ihr die gleichen Befugnisse unter anderen Voraussetzungen zu. Nach § 49 kann die Aufsichtsbehörde eine gemeinsame Meldestelle errichten.

Feuilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Wünschen Sie noch etwas?
„Soll ich nicht warten, um die Sachen wieder hinunter zu tragen?“ fragte sie leise mit einer heiseren Stimme, die recht unmelodisch klang.
Er lachte: „Nein, mein Kind, da müßten sie lange warten, ich fange soeben erst an und denke nicht daran, sobald wieder fortzu —“ Er unterbrach sich, um eine Milde, die ihn in die Hand gestochen und sein Blut sog, fortzulassen; in dem Augenblick sehte sich eine andere ihm auf die Stirn. Er schüttelte sein Haupt mit dem Ansehn eines Reus.
„Wenn diese verdammten Fliegen mich nur in Ruhe lassen, — auch der Rauch vertreibt sie nicht —“
„Und wann soll ich wiederkommen?“
„Gar nicht, mein Kind — ich danke“, sagte er nervös; er fühlte einen Stich im Halse.
„Bitte, dann haben Sie mir zuviel gegeben —“
Er antwortete nicht. Mit einem Male sprang er auf. Himmel und Hölle, das wird mich rasend machen!
Mit einer heftigen Geberde hatte er den Pinsel hinweggeschleudert und rieb sich nun den Hals, die Stirne, die Hand.
„Wie diese blutdürstigen Bestien da meuchlerisch über mich herfallen, und da soll ich malen!“

Die Franzel war erschreckt zurückgesprungen, sie retirirte rasch noch weiter, als gälte es sich selbst in Sicherheit zu bringen. Er bemerkte es und brach in ein herzliches Lachen aus. „Fürchten Sie sich nicht — ich —“ er zuckte — „thue Ihnen nichts — gewiß nicht — Sie müssen freilich denken, das muß ein Wütherich sein, der über einen Müdenstich so aufgebracht werden kann — nun, ich habe gelegentlich auch sanfte Augenblicke.“

Es kam ungemein liebenswürdig heraus, und schon hatte er sich wieder gesetzt und den Pinsel in die Hand genommen.

Aber die kleinen Blutsauger hatten Geschmac an ihm gefunden und wollten ihn nicht aufgeben. Sie umschwärmten ihn immer dichter.

„Sehen Sie, mein Kind, ein Maler ist hilflos, hilflos wie ein Kind, diesen Vampyren gegenüber!“

In komischer Verzweiflung sah er da, in einer Hand die Palette, in der anderen den Pinsel, in dem er gerade die rechte Mischung hatte.

In dem Augenblick sehte sich eine Milde lecklich auf seine Nase.

Er schüttelte mit dem Kopfe, er stampfte mit dem Fuße, es beirrte sie durchaus nicht.

Aber schon hatte die Franzel ein langstieliges Gras, ein Büschel des wehenden Frauenhaares aus dem Boden gerissen und es über seinem Kopfe schwingend verschleudert sie das Thierchen.

Es war ein dankbarer Blick, den er ihr schenkte. „Das lasse ich mir gefallen, ein solcher Fächer wäre höchst zweckmäßig.“

Wenn Sie erlauben, so will ich mich dahersetzen und ihn führen, Sie werden dann Ruhe haben.“

„Sie sind sehr gütig, aber es wird Sie ermüden und langweilen.“

Sie schüttelte lebhaft den Kopf.
„O nein, es ist so still hier und so schön.“

„So, empfinden Sie das?“
„Es thut mir wohl“, sagte sie einfach. Sie pflückte mit Auswahl noch einige dieser silberhaarigen wehenden Büschel, band sie zusammen und sich seitwärts von ihm ins Gras setzend, begann sie ihr Geschäft.

„Es ist ganz recht so“, nickte er zufrieden, „hüten Sie sich nur, meiner Staffelei allzunah zu kommen, mein —“ er brachte das Fräulein nicht heraus, „wie heißen Sie denn?“

„Franzel.“

„Richtig; wir haben uns ja gestern schon gesehen, nicht wahr? und wollten eben miteinander tanzen, als — wer war denn dieser Bursche, der so störend dazwischen trat?“

„Der Andreas.“

„So so, der Andreas. Er scheint höllisch eifersüchtig zu sein?“ Er schielte von der Seite nach ihr hin. Sie dächte ihm ein Kind und er wollte doch sehen, wie sie sich dazu verhielt. Aber das junge Gesicht behielt seinen schlaffen, nichtsagenden Ausdruck. „Aber wo ist er denn heute, dieser — Andreas?“

„Er arbeitet in der Fabrik, wie ich, der wird sich wundern, daß ich heute nicht hingekommen bin, aber ich war so müde, ach so sehr! ich konnte Morgens mich nicht erheben, und bin wieder eingeschlafen. So habe ich die Fabrikstunde veräumt, und darum war ich frei und konnte heraufkommen — ich war noch nie hier oben.“ Sie sprach die letzten Worte fast verächtlich, es war wie ein Bekenntniß

§ 54 bestimmt wieder eine Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde. Nach § 58 werden Streitigkeiten betreffs Leistung von Beiträgen z. durch die Aufsichtsbehörde entschieden. Nach § 60 können Betriebsunternehmer durch die höhere Verwaltungsbehörde zur Errichtung von Betriebsklassen verpflichtet werden; nach § 61 kann sie unter bestimmten Voraussetzungen die Errichtung von Betriebsklassen anordnen oder gestatten; nach § 62 setzt sie die Beiträge fest, welche Betriebsunternehmer zu leisten haben, wenn sie die Verpflichtung zur Errichtung einer Betriebs-Krankenkasse innerhalb der von der höheren Verwaltungsbehörde bestimmten Frist nicht nachkommen. Nach § 66 ist die Aufsichtsbehörde befugt, Ansprüche, welche der Kasse gegen den Betriebsunternehmer erwachsen, geltend zu machen. Nach § 67 kann die Aufsichtsbehörde unter bestimmten Voraussetzungen die Verwaltung der Kasse übernehmen und sind ihr dann das Kassenvermögen, die Bücher zc. auszuliefern. Nach § 68 kann die höhere Verwaltungsbehörde unter bestimmten Voraussetzungen die Kasse auflösen; nach § 69 kann sie die Errichtung von Bau-Krankenkassen anordnen; nach § 70 kann sie die Uebertragung der dem Bauherren obliegenden Verpflichtung gestatten und nach § 72 stehen ihr wieder eine Reihe Befugnisse den Bau-Krankenkassen gegenüber zu. Nach § 76 kann die Aufsichtsbehörde anordnen, daß das Ausschneiden von Mitgliedern bei den gemeinsamen Meldestellen zu erfolgen hat. Nach § 85 vollzieht die höhere Verwaltungsbehörde die Abänderung der Statuten solcher Kassen, die sich den Bestimmungen des Gesetzes anzupassen haben, aber die Aenderung nicht selbst herbeiführen und nach § 86 hat sie verschiedene Anordnungen bezüglich der daselbst näher bezeichneten Kassen zu treffen.

Wir haben diesen, wie wir selbst gerne zugeben wollen, ziemlich langweiligen Extrait nur gemacht um ad oculos zu demonstrieren, wie üppig der Bureaukratismus in dem Krankenversicherungs-Gesetz ins Kraut geschossen ist. Rechnet man dazu noch die übrigen für die Kassen bindenden Bestimmungen des Gesetzes, von denen in keiner Weise abgewichen werden darf, so muß selbst dem Blödesten einleuchten, daß von einem Selbstbestimmungsrecht der Beteiligten kaum mehr die Rede sein kann, sondern daß allgemein der Grundsatz durchgeführt ist „Und folgst Du nicht willig, so brauch ich Gewalt“, um mit dem „Erlkönig“ zu reden. Wer nun aber der Meinung war, jener Bestimmungen seien mehr als zu viel, um die Krankenversicherung durchzuführen, der wird sich bitter getäuscht sehen, wenn er sich die geplante Novelle etwas näher ansieht. Wir wollen der Kürze halber nicht wie vorstehend jede einzelne Einwirkung, welche den Behörden noch durch die Novelle eingeräumt werden soll, näher anführen, es genügt zu konstatieren, daß dies in den §§ 3, 5, 6, 18, 19, 24, 26, 33, 46, 47, 48, 49, 57, 58, 67, 73 und 76, also in 17 Paragraphen weiter in Aussicht genommen ist und — um nichts halb zu thun — sind auch die Strafvorschriften vermehrt.

Was nun die Abänderungs-Vorschläge anlangt, so ist zunächst zu konstatieren, daß dieselben in einigen Beziehungen einen Vortheil für die Versicherten bezwecken.

So soll fernerhin der Bezug des Krankengeldes nicht mehr mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn der Krankheit enden, sondern erst mit Ablauf der 13. Woche nach Beginn des Krankengeld-Bezuges. Nach der zur Zeit noch gültigen Bestimmung des § 6 konnte der Fall eintreten, daß ein Erkrankter überhaupt kein Krankengeld bekam, er brauchte nur 13 Wochen krank, aber nicht arbeitsunfähig zu sein, so erhielt er eben nur für diese Zeit freien Arzt und Medizin und trat nach dieser Zeit Arbeitsunfähigkeit ein, so war jeder weitere Unterstützungsanspruch erloschen, während fernerhin in allen Fällen der Arbeitsunfähigkeit für 13 Wochen Krankengeld nebst freiem Arzt und Medizin geleistet werden soll, auch wenn letzteres schon eine längere Zeit gewährt wurde. Freier Arzt und Medizin

ihrer Glückseligkeit. Ihn ließ diese Zutraulichkeit unberührt, er hatte sich in seine Arbeit vertieft und fragte nicht weiter.

Sie schwieg nun ebenfalls. Aber sie verfaß ihr Amt getreulich, sie wehte und sächerte mit ihrem Pflanzenwedel und scheuchte alle Mücken hinweg. Er konnte ruhig arbeiten und ungestört. Die Sonne hatte den Zenith erreicht, die Hitze war enorm und das Gemäuer strahlte all die aufgenommene Gluth wieder zurück. Der Thau, der so reichlich auf dem blumigen Grasboden gelegen, war längst aufgeflogen, nur einen feinen Dunst zurücklassend, der nun in der heißen Luft darüber hingiterte. Und diese heiße träge Luft ließ die Zweige des Hollunders unbewegt und selbst die langstieligen Gräser neigten sich nur wie im Traume einander zu. Eine geraume Zeit war vergangen. Jetzt ließ Oswald die Palette sinken, er hatte genug — und auch die Mücken waren wieder gekommen.

Die Kleine ermüdete, sie hatte schon lange hindurch den Fächer nicht mehr bewegt. Er erhob sich und sah sich nach ihr um. Sie war auf den Grasboden hingesunken und schlief.

Ein spöttisches Lächeln umzuckte seinen Mund. „Die schläft also immer und zu jeder Tageszeit,“ dachte er. Was sollte er nun mit ihr anfangen? Sollte er sie wecken oder hier lassen und fortgehen?

Er begann seine Geräthschaften zusammen zu packen. Als er einen zweiten Blick nach dem Mädchen warf, blieben seine Augen gefesselt an ihr hängen.

Das Kopftuch hatte sich gelöst und war nach rückwärts gefallen und eine Fülle rothblonden Haars, auf das die Sonne ihre goldigsten Lichter warf, umwoogte in breiten lockigen Partien das zarte Gesicht.

„Das ist prächtig,“ sagte er in unwillkürlicher Bewunderung, „das ist eine Farbe, wie sie das ganze Cinquo cento nicht herrlicher befehen. Er beugte sich näher gegen sie herab.

Da schlug sie die Augen auf und ohne ihre Stellung zu verändern, sah sie ihn an mit einem großen, traumhaften Blick. Nie hatte sie in so schöne milde Augen gesehen, ihr war, als bläke sie in den Himmel.

sind überhaupt auf unbeschränkte Zeit zu gewähren, wenn diese Leistung nicht durch Krankengeld-Bezug unterbrochen wird.

Nach § 20 soll für die Berechnung des Sterbegeldes nicht mehr der ortsübliche Tagelohn, sondern der durchschnittliche Tagelohn des Versicherten maßgebend sein, auch soll das Sterbegeld bezahlt werden, wenn ein Mitglied vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung des Krankengeld-Bezuges stirbt, falls die Arbeitsunfähigkeit bis zum Tode fortgedauert hat und letzterer infolge derselben Krankheit eingetreten ist. Gehörte der Verstorbene noch kein Jahr der Kasse an, so ist die Zeit der Mitgliedschaft maßgebend.

Ferner soll den Kassen gestattet sein, ihre Leistungen weiter auszudehnen, als sie bisher berechtigt waren. So soll das Krankengeld auch für die ersten drei Tage der Erwerbsunfähigkeit, sowie für Sonn- und Festtage gewährt werden können. Für die Dauer eines Jahres vom Beginn der Krankenunterstützung ab soll Fürsorge für Rekonvaleszenten gewährt werden können. Auch die Wöchnerinnen-Unterstützung soll bis zu 6 Wochen ausgedehnt werden können.

Nach § 26 sollen fernerhin Kassenmitglieder, welche behufs Erfüllung ihrer militärischen Dienstpflicht oder wegen periodisch wiederkehrender zeitweiliger Einstellung des Betriebes ausscheiden, ohne weiteres wieder in ihre vollen Rechte eintreten, wenn sie in eine Beschäftigung zurücktreten, vermöge welcher sie wieder Mitglieder derselben Kasse werden.

Diesen Vergünstigungen, soweit sie überhaupt in Kraft treten werden, stehen aber sehr erhebliche Beschränkungen gegenüber, die in einem zweiten Artikel besprochen werden sollen.

An die Parteigenossen!

Durch den Parteitag in Halle a. d. S. zur Leitung der Partei berufen, hat sich die unterzeichnete Parteileitung, entsprechend der Bestimmung des § 19 al. III des Organisationsstatuts, konstituiert.

In Bezug auf die geschäftliche Behandlung der Parteiangelegenheiten sind folgende Beschlüsse gefaßt:

Das Bureau des Parteivorstandes befindet sich:

Berlin SW., Bahnbachstr. 9, I.

Alle für die Parteileitung bestimmten Zuschriften und Einsendungen sind an diese Adresse, und zwar bis auf Weiteres an den mitunterzeichneten Genossen J. Auer zu richten.

Alle für Parteizwecke bestimmte Geldsendungen sind an den Parteikassirer:

August Bebel,

Berlin W., Groß-Görschenstr. 22 a. zu adressieren.

Beschwerden, die sich gegen die Parteileitung oder deren Geschäftsführung richten, sind an den Genossen

August Jakobey,

Berlin N., Kochstr. 33, Hof III. zu senden.

Indem wir die Genossen allerorts ersuchen, im Interesse einer raschen und pünktlichen Erledigung der Parteigeschäfte, sich genau an die vorstehend aufgeführte Einteilung zu halten, warnen wir ganz besonders davor, daß politische Vereine oder deren Vertreter mit der Parteileitung in Verbindung zu treten versuchen. Jeder derartige Versuch könnte zu Prozessen wegen Verletzung der vereinbarungsgemäßen Bestimmungen und eventuell zur Schließung der betreffenden Vereine und der Parteiorganisation führen.

Diese Warnung gilt besonders auch für jene, sich zu unseren Parteigrundsätzen bekennenden Vereine, welche ihren Sitz in Ländern haben, die entweder gar kein Vereinsgesetz kennen, oder

Erst nachdem er sich bewegte, fuhr sie empor, der Wirklichkeit wieder zurückgegeben. Rasch suchte sie ihr Tuch wieder über den Kopf zu schlagen.

„Warum thun Sie das?“ fragte er mißbilligend. „Ihre Haare sind so schön, die sollten Sie nicht verdecken.“

Lauflos starrte sie ihn an.

„Bringen Sie mir das Alles nach Wimmer's Gasthof, ich gehe rascher,“ sagte er, nachdem er seinen Malkasten umgehängt. „Adieu!“

Sie sah ihm nach, bis er hinter dem Thurm verschwunden war.

Zehntes Kapitel.

Am folgenden Morgen war die Franzel in die Fabrik gegangen und weinend zurückgekommen. Sie war entlassen worden. In der Spinnerei begann man das Personal zu reduzieren und sie war unter den Ersten, die von dieser Maßregel betroffen wurden.

Zitternd vor Angst und Aufregung war sie nach Haus gekommen und fand ihre Tante in einer noch weit aufgeregteren Gemüthsstimmung. Ihr Geliebter hatte sie treulos verlassen; sie hatte soeben einen Zettel erhalten, worin er ihr dies anzeigte. Er war nach Wien gefahren und, der Glende! hatte das bischen Geld, das die Lisi sich mühsam zusammengespart und in einem Soden verwahrt hielt, mitgenommen. Ihre Wuth war grenzenlos.

Als jetzt die neue Diözesanpost von Franzels Entlassung dazu kam, versetzte sie der Kleinen eine schallende Ohrfeige. Damit aber war ihre Kraft zu Ende, ihr Horn keiner Steigerung mehr fähig, und weinend und wie gebrochen sank sie auf einen Stuhl.

„Jesus, ist das ein Leben! — ich hab' die Hölle mit ihm gehabt — und jetzt ist er fort, o mein Gott, mein Gott! ich bin verlassen und hab' das Madel auch noch am Hals.“ Sie rannte sich in Verzweiflung das Haar.

Die Franzel sah still und verschüchtert in einem Winkel — sie wäre am liebsten gestorben. Es kam ihr vor, als hätte sie kein Recht zu leben; und wovon auch, wovon? Sie wußte es nicht.

Am Abend sah die Lisel den Herrn Oswald vorübergehen. Ein stämmiger Bursche trug ihm sein Gepäck nach.

wo das letztere doch die Bestimmung nicht enthält, daß politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen.

Wenn auch für letztere Vereine keine Gefahr aus dem Verkehr mit der Parteileitung erwachsen könnte, so würde doch letztere eines Verlustes gegen die Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes schuldig machen, wenn sie solchen Verkehr pflegte. Es muß deshalb jeder derartige Verkehr unter allen Umständen unterbleiben.

Die Verbindung zwischen der Parteileitung und den einzelnen Wahlkreisen und Orten wird ausschließlich durch die Vertrauensmänner (siehe die §§ 8—5 der Organisation) vermittelt werden.

Wir fordern deshalb die Genossen der einzelnen Orte oder Wahlkreise auf, die Wahl der Vertrauensmänner in öffentlichen Versammlungen möglichst umgehend vorzunehmen. Die gewählten Vertrauensmänner aber werden ersucht, ihre persönlichen Adressen schleunigst an das Parteibureau, unter der Adresse:

J. Auer,

Berlin SW., Bahnbachstr. 9,

einzusenden.

Parteigenossen! Nach zwölfjährigem schweren Ringen und Kämpfen, und nachdem wir eine Periode der Verfolgungen durchgemacht haben, wie sie in der Geschichte der modernen politischen Parteien wohl beispiellos dastehen dürfte, ist es uns wieder möglich gemacht, uns gleich den bürgerlichen Parteien zu organisieren. Der Parteitag in Halle hat demzufolge eine Organisationsform geschaffen, die nach allgemeiner Ueberzeugung einerseits den Parteibedürfnissen genügt, andererseits aber der durch die deutsche Vereinigungsgesetzgebung geschaffenen Zwangslage gebührende Rechnung trägt. Die während der schweren Kampfesjahre, welche wir hinter uns haben, so oft und glänzend bewiesene Parteidisziplin der Genossen bietet die Garantie dafür, daß sie auch in Zukunft und unter den veränderten Verhältnissen immer nur das Parteinteresse als die Richtschnur für ihr Handeln geltend lassen werden, so daß es einer besonderen Aufforderung unferneits nicht bedarf.

Das große Ziel, dem wir alle vereint entgegen streben, kann nur erreicht werden, wenn wir alle unermüdet und in treuer Kampfgemeinschaft dafür eintreten. Jeder an seinem Posten und mit dem Aufgebote aller ihm zu Gebote stehenden Kräfte, wollen wir vereint die Befreiung des Proletariats von den Fesseln der Lohnsklaverei, der politischen und geistigen Vormundung erkämpfen.

Die Erfolge der Vergangenheit verbürgen uns den Sieg in der Zukunft. Die Parteileitung verspricht den Genossen, Alles, was an ihr liegt, zu thun, um den Triumph des Proletariats, welcher der Triumph der Kultur ist, herbei zu führen. Wir alle haben die heilige Pflicht, durch unermüdete Agitation und Verbreitung unserer Grundsätze dafür zu sorgen, daß der Sieg möglichst bald errungen werde. Jeder Parteigenosse sei ein Agitator und Organisationsführer für unsere Sache!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, 21. Oktober 1890.

Für die Parteileitung:

Albin Gerisch } Vorstehende.

Paul Singer } Vorstehende.

J. Auer } Sekretäre.

Richard Fischer } Sekretäre.

August Bebel, Kassirer.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß der Bericht über die Verhandlungen des Parteitages in Halle a. S. möglichst rasch fertig gestellt und noch im Laufe des November zur Versendung gelangen soll. Sobald der Umfang des Berichts und damit der Herstellungspreis desselben feststeht, wird der Verkaufspreis, der die Selbstkosten nicht überschreiten soll, bekannt gemacht.

Die Verwaltungen der Parteiblätter werden ersucht, von ihren Organen je ein Exemplar an das Bureau der Parteileitung zu senden.

Sie wollte ihn sprechen und eilte ihm nach, die Belangen gingen aber so rasch, daß sie sie nicht mehr erreichen konnte. So wartete sie denn auf die Rückkehr des gnädigen Herrn. Es war schon dunkel, als der Bursche allein zurückkam. Sie hielt ihn an und forschte ihn aus. Da erfuhr sie, daß der Maler nach der Enge gegangen und sich beim Michael nagel, dem Heger, einquartirt habe. Die Lisi sah sehr erstaunt aus.

Am nächsten Morgen schickte sie das junge Mädchen abermals in die Fabrik. Sie solle nur schön bitten, Herr Direktor werde sich dann vielleicht erweichen lassen.

Es war neun Uhr, als die Franzel wieder kam; ihr Gesicht hatte einen völlig stumpfsinnigen Ausdruck, sie war abgenüßten worden.

Und wieder setzte sie sich in den dunkelsten Winkel des Vorhauses und widelte sich, trotz der Hitze, in mehreren Tüchern, als fröstelte sie.

Die Lisi ging mehrmals an ihr vorüber, das Kind dauerte sie. Die Franzel hatte heute noch nichts und gestern noch wie nichts gegessen, aber sie konnte ihr nicht helfen. Franzel begann sich die Idee in ihr festzusetzen, daß die Franzel sehr gut für sich sorgen könne, sobald sie nur wolle, so daß sie zur Einsicht gelange, daß es nichts Anderes für sie als das wolle sie ihr nun begreiflich machen. Als sie ein lautes Stöhnen vernahm, fragte sie, ob ihr etwas fehle.

„Wir ist so schlecht im Magen,“ sagte die Kleine. „Natürlich, weil Du nichts darin hast.“

Sie überlegte eine Weile, dann holte sie aus einem verschlossenen Schrank eine Flasche sammt Gläschen.

Sie schenkte ein und stürzte ein Gläschen hinunter. Sie füllte sie es abermals und reichte es der Franzel hin.

„Trink, das wird Dir gut thun.“ Franzel langte voller Bier danach. Sie that einen Schluck hinunter. Lisi lachte hell auf.

„Da lebt man wieder auf, gelt? Das erfrischt das Herz und wenn es Einem noch so weh thäte.“

Sie relagerte sich mit einem zweiten Gläschen. Die Franzel abscheute, begehrte sie dem schon verlangenden Blick des jungen Mädchens. (Fortsetzung folgt.)

leitung: S. Auer, Berlin SW., Rahbadstr. 91, einzufinden. Zur Vereinfachung dürfte es dienen, wenn dort, wo es möglich ist, Ueberweisung durch die Post stattfindet.

Politische Ueberblick.

Unter den unzähligen Blüten des Blödsinns, welche der Kerger unserer Feinde über den außerordentlichen Erfolg des Parteikongresses zu Tage gefördert hat, ist eine der wunderbarsten des Märchens, die „Fraktion“ sei in der Organisationsfrage von der „Opposition“ unter Führung Bollmar's auf Haupt geschlagen worden. Als ob Bollmar nicht selbst zur Fraktion gehört, und als ob die Fraktion sich nicht aus freien Stücken zu Modifikationen des Organisationsentwurfs bereit erklärt hätte! Bei dem Organisationsentwurf handelte es sich überhaupt weder um Prinzipien, noch um Machtfragen, sondern einzig um Zweckmäßigkeitsfragen. Die gegentheilige Behauptung war eine von unseren Feinden ausgehende Lüge, die sich auch nicht auf ein Atom von Thatsächlichkeit stützte. Die Machtverhältnisse, so weit von solchen innerhalb der Partei die Rede sein kann, sind nach Annahme der Modifikationen genau dieselben, welche sie bei Annahme des ursprünglichen Entwurfs gewesen waren — die „Fraktion“ hat genau dieselbe Stellung — der Unterschied ist rein praktischer und formeller Natur, wie jeder in Organisationsfragen einigermaßen Bewanderte aus dem ersten Blick sieht. Insbesondere die Berliner Genossen, welche Gelegenheit hatten, die eingehenden Vorträge Liebknecht's und Singer's über den Organisationsentwurf zu hören, sind in der Lage zu wissen, daß die Fraktion sich genau so verhalten hat, wie von beiden Rednern Monate vorher in Aussicht gestellt war — und wie es für jeden Vorurtheilslosen von vorn herein selbstverständlich war.

Zur Wohnungsfrage. Der „Reichsanzeiger“ bringt folgende Notiz:

Durch die Presse ging dieser Tage die von dem „Völkischen Anzeiger“ gebrachte Mitteilung von einem dem Minister für Handel und Gewerbe vorliegenden Plan der Errichtung einer Arbeiterkolonie in Lichterberg bei Berlin, in welcher neben anderen gemeinnützigen öffentlichen Bauten 4000 Wohnhäuser für kleine Beamte und Arbeiter errichtet werden sollen. Dem Plan lag die Voraussetzung eines hypothekarischen Staatsdarlehens zu 3 Prozent, um welches der Minister getreten wurde, zu Grunde. Diese Mitteilung war mit der Bemerkung eingeleitet, daß die preussische Staatsregierung infolge dieser Anregung sich nun ernstlich mit der Frage, Wohnhäuser für die Arbeiter zu schaffen, beschäftige.

Der in Rede stehende Plan, welcher ohne jegliche Anregung und ohne Vorwissen der Regierung aufgestellt worden, ist in der That kürzlich — am 10. Oktober — dem Minister für Handel und Gewerbe vorgelegt worden. Dem Einsender, einem Fabrikbesitzer, ist indessen, wie wir vernahmen, unter dem 20. Oktober erwidert worden, daß der Minister zwar jedes Unternehmen mit Freude begrüße, welches dem Mangel gesunder und billiger Arbeiterwohnungen abhelfen will, daß er aber, abgesehen von dem Mangel entsprechender Fonds, grundsätzlich es ablehnen müsse, Baugesellschaften durch direkte Beihilfen oder Gewährung hypothekarischer Darlehen aus Staatsmitteln zu unterstützen. Der Minister hege vielmehr „keinen Zweifel, daß sich in Berlin genügend Kapitalreichtum und Gemeinnützigkeit finden werden, um ohne Staatshilfe Baugesellschaften ins Leben zu rufen, welche der Wohnungsnoth in wirksamer Weise abhelfen und sich dabei mit einem mäßigen Gewinn begnügen.“

Es darf hieran die weitere Bemerkung geknüpft werden, daß die Beschäftigung mit der Wohnungsfrage im Kreise der Regierung nicht erst auf jene Anregung hin erfolgt ist, daß vielmehr seit Wochen über die Berliner Wohnungsverhältnisse und gemeinnützigen Bauunternehmungen Erhebungen angeestellt sind, welche mit jenem Projekt in keinem Zusammenhang stehen.

Wir erheben aus Obigem, daß der Minister für Handel und Gewerbe sich mit der Wohnungsfrage „beschäftigt“. Der Minister für Handel und Gewerbe ist bekanntlich Herr Miquel, welcher als Ueberbürgermeister von Frankfurt sich lebhaft für diese Frage interessiert hat. Daß durch Beschaffung besserer Wohnungen zwar viel Gutes geschaffen werden kann, jedoch für die Lösung der sozialen Frage nichts getan wird, weiß natürlich Niemand besser als Herr Miquel, der seinen Marx hündelt hat.

Ein außerordentlicher Berufsgenossenschaftstag findet am 8. November in Berlin statt. Auf demselben soll in erster Reihe die Frage der Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze, zu welcher die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion die Anregung gegeben haben, einer Beratung unterzogen werden. Ferner soll bei dieser Gelegenheit der Verband der Berufsgenossenschaften durch Stellung zu der Gewerbe-Gesetz-Novelle nehmen, soweit durch die letztere die Aufgaben der Genossenschaften betroffen werden.

Die „Freisinnige Zeitung“ zeigt im redaktionellen Theil ein Broschürenabonnement mit vorläufig 8 Nummern an. Da Herr Richter schon länger in „geistiger Belämpfung“ der Sozialdemokratie macht, so überrascht es nicht, „die Lehren der Sozialdemokratie, beleuchtet von Eugen Richter“, angelündigt zu sehen. Ein umfangreicher Artikel, welchen die nächste Zeitungsummer bringt, nimmt bereits einen Theil der großen Entdeckungen vorweg, auf welche wir uns schon länger gefaßt machen mußten. Er betrifft die „falsche Beurtheilung der Handels-Gesetze“, welche er dem Sozialismus zum Vorwurf macht. Wenn der Artikel als Probe für die ganze Broschüre und die Qualität der in ihr gegebenen „geistigen Belämpfung“ der Sozialdemokratie überhaupt gelten soll, so können wir unser altes Urtheil nur wiederholen, daß es sich bei der ganzen mit so großem Ulat in Szene gesetzten Kampagne der „geistigen Belämpfung“ um Anstrengungen handelt, welche in der Juristensprache als „Versuch mit unzulänglichen Mitteln“ bezeichnet werden.

Daß Herr Richter in der Behandlung seines Gegenstandes nicht von Gesichtspunkten ausgeht, welche eine Beurtheilung der thatsächlichen Verhältnisse und Verschönerungen im Erwerbsleben von einem höheren Standpunkt aus ermöglicht, darf man bei ihm nicht zu hoch anrechnen, aber wo es sich um zahlenmäßig konstatirte Thatsachen handelt, sollte man in Rücksicht auf die Autorität, die er auf diesem Gebiete in Anspruch nimmt, voraussetzen dürfen, daß er nicht statistisch ermittelte Zahlen zur Vergleichung heranzieht, die überhaupt nicht oder allzuweit nur mit noch weiterem Material verglichen werden können. 1000 Einwohner darf man nicht 18 1/2 im Handelsgewerbe thätige Personen gegenüberstellen (Jahres 1882), sondern es müßte entweder heißen: auf 1000 erwerbsthätige Personen kamen so und so viele im Handelsgewerbe thätige Personen, oder: auf 1000 Einwohner kamen 18 1/2 im Handelsgewerbe (selbstständig) thätige Personen mit ihren Angehörigen.

Es handelte sich aber für Herrn Richter um den statistischen Nachweis, daß die Zahl der Arbeiterkräfte, welche das Handelsgewerbe in Anspruch nimmt, gar nicht so bedeutend ist, und zu diesem Zwecke war die Gegenüberstellung der Zahlen 1000 und 18 1/2 wirklich weit besser geeignet.

Ein Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Ungarns findet am 7. und 8. Dezember an einem noch zu bestimmenden Orte Ungarns statt. Die Einladung zu dem Parteitag geht von den Redaktionen der „Arbeiter-Wochenzeitung“ und der „Nepzava“ in Budapest aus und hat folgenden Wortlaut:

„Arbeiter! Genossen! Als nach den folgenschweren Ereignissen im Jahre 1886 die langjährige Unterdrückung schwand und mit der staatlichen Selbstständigkeit Ungarns das öffentliche Leben immer reger wurde, betrat auch die Arbeiterklasse den Boden selbstständig-öffentlicher Thätigkeit und organisierte sich als sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die Jahrhundert alte revolutionäre Tradition des ungarischen Volkes, welche aus der in den Jahren 1848 und 1849 vollzogenen Annäherung neue Nahrung zog, bewirkte, daß die sozialistischen Ideen auch nach unserem Heimatslande ihren Siegeslauf nahmen und hier willige Aufnahme fanden.“

Die überraschenden Erfolge der Arbeiterbewegung zu Ende der sechziger Jahre weckten überschwellende Hoffnungen. Doch bald zeigte es sich, daß der Kampf der Sozialdemokratie gegen die herrschenden Parteien, gerade so wie in anderen Ländern, auch bei uns ein schwerer sein, und daß es großen Anhaltens und einer strammen Organisation bedürfen werde, um den Verlockungen und Angriffen von allen Seiten zu widerstehen.

Es wurden im Laufe der letzten Regennien gegnerischerseits wiederholt die verschiedenartigsten Versuche gemacht, die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu hemmen, deren Fortschreiten zu unterdrücken; es fiel so manches Opfer; die Vernichtung der Bewegung scheiterte, so oft sie auch in der Folgezeit versucht wurde.

So ist die Geschichte der ungarländischen Arbeiterpartei dieselbe, wie die Geschichte des Proletariats aller Länder: Hundert Mal geschlagen, aber nie besiegt!

Freilich sollte die innere Entwicklung der ungarländischen Sozialdemokratie nicht so ungestört ihren Fortgang nehmen.

Die abschließliche Hemmung der geistigen Entwicklung, welche seit jeher die Völker der ungarischen Länder getroffen, erschwerte jeden Fortschritt.

Eine weitere Ursache war — und das ist ein Hauptmoment — daß die kapitalistische Entfaltung und Ausnützung der Produktivkräfte, die Entwicklung der Industrie, durch vielfältiges staatliches Eingreifen gefördert, zwar in riesenschneellem Fortschreiten begriffen, aber ungleichmäßig und im Verhältnis zu andern Staaten noch wesentlich zurückgeblieben war.

Zu den Verschiedenheiten des Volksthumers, welche die vielsprachigen ungarischen Länder bieten, kommen so noch die Gegensätze der ökonomischen Verhältnisse, welche neben Bezirken mit moderner Industrie auf höchster Stufe, Gegenden mit ganz rückständigen, primitiven Wirtschaftsformen aufweisen.

Unter so schwierigen Verhältnissen mußte die eigenthümlich ungarische Methode der Anwendung und Handhabung der oft mangelhaften und lächerlichen Gesetze — von denen es im Auslande heißt, daß sie im großen Ganzen liberal wären, im Nothfalle jedoch von den Behörden mit „gefunder Willkür“ gepaart werden — die natürliche Entwicklung der Arbeiterbewegung um so stärker beeinflussen.

Die Arbeiterbewegung hatte aber auch unter eigenen Fehlern zu leiden. Persönliche Zwistigkeiten, Meinungsverschiedenheit über die bei einzelnen Fragen zu beobachtende Taktik, nicht selten vorkommende Unklarheiten, der oft in falsche Bahnen geleitete Eifer der Einzelnen, wurden Anlaß überflüssigen und schädlichen Streites, der auch noch durch Personalkultur, den gefährlichsten Feind aller sachlichen Erfolge verschärft und verbittert wurde.

So wurde das Fortschreiten der Partei gehemmt, ihre Thätigkeit gelähmt.

Aber was die rücksichtslose Gewalt der Gegner nicht vermochte, konnte auch eigenes Verschulden nicht zu Stande bringen. Die aus ökonomischen Verhältnissen erwachsende und aus diesen unbewingliche Kraft schöpferische proletarische Bewegung, hat wie immer und überall, so auch in Ungarn Beides überwunden.

Die lange Jahre anhaltende Apathie und Unthätigkeit der Arbeiterklasse hat aufgehört; die nur zu lange Zeit andauernde Gleichgültigkeit der eigenen Lebenslage gegenüber hat in weiten Kreisen der einzig richtigen Erkenntniß Platz gemacht, daß nur die Arbeiter, und nur diese allein berufen sein können, für Verbesserung ihrer Klassenlage und für ihre Emanzipation aus ökonomischen Fesseln einzutreten.

In dieser Zeit versammelte sich im Laufe des vergangenen Jahres der internationale Arbeiterkongress zu Paris.

Die hier gefaßten Resolutionen nahmen die letzten Spuren des Bannes von den ungarländischen Arbeitern; die Kunde vom Fortschreiten der Arbeit verbreitete sich mit der Rapidität eines elementaren Ereignisses, bis in das letzte Städtchen, bis in die letzte Gemeinde, bis zum letzten Weiler.

Der allgemeinen Begeisterung entsprach die Ausführung. Die herrschende Gesellschaft bekam die drohenden Schritte der heranmarschirenden Arbeiterbataillone zu hören — unsere Arbeitbrüder haben die erste Feuerprobe bestanden; trotz der vielen künstlichen Hindernisse haben ihre Disziplin und ihre Organisation sich glänzend bewährt.

Unter Einwirkung dieses für die ungarischen Länder mächtigen Ereignisses wurden immer dringlichere Wünsche laut, es möge den Arbeitern der ungarischen Länder, dem klugen und bewußten Proletariat Ungarns Gelegenheit geboten werden, ihre gemeinsamen Interessen, Wünsche und Bestrebungen kennen zu lernen, dieselben zu besprechen und zu einer Reihe von wichtigen Fragen Stellung zu nehmen.

Wir laden Euch ein, das zu thun! . . . Ueber die Köpfe der herrschenden, im Chauvinismus das Möglichste leistenden Klassen hinweg, werden sich die Arbeiter offen und ehrlich einander die Bruderhand reichen, Ziel und Taktik der Partei klar und unzweideutig feststellen.

Indem wir diese Einladung an Euch richten, sind wir überzeugt, ein Werk zu unternehmen, das geeignet ist, der Arbeiterpartei wesentlich zu nützen, ihre Thätigkeit wirksamer zu machen, ihre Kampfeswürdigkeit neu zu beleben.

Findet Euch zahlreich ein und nichts möge Euer Herz erfüllen als der feste Entschluß, eine unzerstörlich kämpfende Schaar von Weidern zu bilden, die nicht ruhen und rasten werden, bis unsere heilige Sache gesiegt hat und das große Ziel erreicht ist: Die Emanzipation der Arbeiterklasse.

Wenden wir nicht zurück, schauen wir vorwärts! Wir wissen, daß wir die Weisheit nur unserer eigenen Kraft, der Arbeiterklasse selbst, werden danken können, aber nur dann, wenn sie einträchtig zusammensteht. Ueben wir die Solidarität, die Brüderlichkeit in unseren Reihen; dann wird uns der Sieg Freiheit und Gleichheit bringen.“

Wir wünschen der ungarischen Sozialdemokratie aus ganzem Herzen Glück und Erfolg zu ihrem Vorhaben. Möge der Partei die hohen Hoffnungen verwirklichen, die unsere ungarischen Brüder auf ihn legen; möge er ihren Reihen wieder die Geschlossenheit und innere Stärke verleihen, die zur Erfüllung ihrer großen Mission unbedingt erforderlich ist.

„Die bekümmern und Achten, und nennen es Handel und Wandel.“ Zur Hamburgerer Spiritus- Goldberaubung, welche wie seiner Zeit berichtet, von reichem schlesischen Spiritus-Händlern ausgeführt worden ist, berichtet die „Breslauer Zeitung“ über den gegenwärtigen Stand der Untersuchung, die nur sehr langsam fortschreitet: Ein Zollensführer, den man im Verdacht hatte, bei dem Schmuggel betheilig gewesen zu sein, mußte, nachdem er kurze Zeit in Untersuchungshaft gesessen hatte, wieder entlassen werden. Vor kurzem sollen zwei Ewerführer verhaftet worden sein, aber auch deren Schuld scheint nicht mit Sicherheit festzustellen, denn unterm 18. d. M. hat die Zollbehörde die Belohnung für die Entdeckung der Ewerführer, welche die Schützen mit dem geschwungenen Sprit über die Zollgrenze geleitet hatten, von tausend auf zehntausend Mark erhöht. Die weiteren Ermittlungen über die Quantität des eingeschmuggelten Spiritus haben ergeben, daß der Schmuggel einen größeren Umfang hatte, als ursprünglich angenommen wurde. Es sind nämlich in der Zeit vom 8. April 1889 bis zum 28. März 1890 insgesamt 625 Fässer Sprit über die Zollgrenze geschafft worden.

Der Landtag ist zum 12. November einberufen. Nov. In der Berliner „Völkischen Zeitung“ finden wir nachfolgendes Telegramm:

Halle, 20. Okt. (Priv.-Telegr.) Der anarchistische Agitator, Tischler Johann Neve, wurde bekanntlich vor vier Jahren in Belgien wegen anarchistischer Untriebe verhaftet, an Deutschland ausgeliefert und nach fast einjähriger Unternehmung vom Reichsgericht zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Einige Delegirte des Sozialistenkongresses, die Neve von früher kannten, wollten ihn hier in Zuchthaus besuchen. Dort erhielten sie den Bescheid, daß Neve schon seit einem Jahre irrsinnig und nach Berlin überführt worden sei.

Wir haben keine direkte Nachricht bekommen und halten deshalb noch die Hoffnung für nicht ausgeschlossen, daß die Nachricht sich als falsch erweisen möge. Daß Neve's Gesundheitszustand ein sehr schlimmer, hatten wir schon früher erfahren. Eine Verurtheilung zu 15 Jahren Zuchthaus ist freilich eine Verurtheilung zum Tode — wenn nicht zum Leiblichen, doch zum geistigen. Neve, der sich die Achtung auch der Gegner erworben, ist bekanntlich von falschen Genossen der Polizei in die Hände geliefert worden.

Jwiskau. Ein seltsamer Prozeß, der in mehr als einer Beziehung für die gegenwärtigen Verhältnisse charakteristisch ist, spielte sich am 10. d. M. vor der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts ab. Angeklagt — und zwar der Religionsverächter — war Richard Erth, Lagerhalter und Verkäufer im Konsumverein für Schneeberg (Erzgebirge) und Umgegend. Derselbe hatte unterm 19. J. li im Bahloverein zu Schneeberg im Gasthof „Zur grünen Laube“ einen Vortrag gehalten über die vier Worte: „Glaube, Wunder, Wissen, Macht“, wodurch sich der überwachende Herr Wachtmeister Otto Friedrich in seinem religiösen Gefühl getränkt gefühlt haben wollte. Infolge dessen erhielt Herr Erth eine Verladung zum Herrn Bürgermeister v. Woydt, welcher ihm eröffnete, daß Klage gegen ihn erhoben würde, wobei er ihm die Hölle tüchtig heiß machte. Erth ließ sich aber nicht einschüchtern und bezog sich auf Dr. Mühl und Dr. Specht; doch diese Namen konnten dem Herrn Bürgermeister nicht imponiren und er meinte, auch diesen Herren würde noch ein Halbgodoten werden. Erth dagegen erklärte ihm rund heraus, daß weder er noch ein Anderer im Stande sei, das Feitenrad aufzuhalten und der Wissenschaft wie dem Forschungsdrange ein Halt zu bieten. Als die Anklageschrift bei Erth eingegangen war, trug sich noch ein kleiner Zwischenfall zu, welcher verdient, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Es waren ihm drei Tage Frist gestellt zur Ueberlegung, ob er eine Voruntersuchung beantragen wolle oder nicht und wandte sich derselbe brieflich an Herrn Liebknecht, Leipzig, um eine Auskunft darüber zu bitten. Diesen Brief hat Frau Erth eigenhändig in einem bei Kaufmann von befestigten Post-Briefkasten eingeworfen. Wer beschriebt unserm Erth sein Erstaunen, als er statt Antwort von Herrn Liebknecht folgenden in Schneeberg ausgegebenen Brief erhielt:

Geehrter Herr! Ihr an Herrn Liebknecht gerichteter Brief ist mir auf wunderbare Weise in die Hände gespielt worden; wie — sage ich Ihnen nicht. Ich habe geglaubt, Ihnen keinen größeren Gefallen zu erregen, als wenn ich denselben Herrn Wachtmeister Otto Friedrich behändigte. Ich gebe Ihnen den Rath, lesen Sie mehr in der Bibel und verorehen Sie die Worte nicht, thun Sie Buße und verbüßen Sie Ihre wohlverdiente Strafe. R. f. h. Die Adresse trug noch den Vermerk: Racheiferer Liebknecht's, unterzeichnet von derselben Hand mit den Worten: Ihr geistiger Förderer.

Diese sonderbare Wanderung des wichtigen Briefes, der auf der Rückseite den Namen des Absenders trug, ließ tief bliden. Genosse Erth hat das Original dem Herrn Postdirektor behändigt und auch dem Herrn Anwalt zur Untersuchung übergeben. Bis heute ist aber noch nichts ermittelt. Zurückkehrend zu der Anklage fand sich auch da etwas Auffälliges, was der Aufklärung bedarf. In der Klage war ein gewisser Expedient Herr Falke als Beschuldigungszeuge angegeben, der den Vortrag mit angehört haben sollte. In der Hauptverhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, konnte sich doch der Herr Wachtmeister nicht bekümmern, denselben in der Versammlung gesehen zu haben, nachdem Herr Falke unter Eid erklärt hatte, auch nicht in der Versammlung gewesen zu sein. Alle geladenen Zeugen, mit Ausschluß des Wachtmeisters, sagten zu Gunsten des Angeklagten aus und so war das Resultat der eingehenden Verhandlung kostenloser Freisprechung. Die Anklage vertrat Herr Staatsanwalt Pohl; die Vertheidigung führte Herr Rechtsanwalt G. Hofmann in Leipzig, wie gewöhnlich, ausgezeichnet. — (Die Genossen in Schneeberg werden wohlthun, die Sache mit der Brisunter-schlagung noch näher zu untersuchen. Da Liebknecht damals einen Brief von Erth erhielt, so ist auch die Möglichkeit einer Briefverwechslung durch falsche Kauer-terung ausgeschlossen. — Die Schneeberger Polizei hat offenbar Beziehungen mit Personen, welche im Stande sind, der Post anvertraute Briefe mit — interessanten Adressen an die Polizei auszuliefern. In kleineren Städten, wo die Beziehungen der Leute zu einander inniger sind und die Grenzlinien zwischen privaten und amtlichen Handlungen sich leichter verwischen, sind derartige Praktiken mit geringerer Schwierigkeit durzuführen. Jedenfalls bitten wir die Genossen in Schneeberg und Umgegend, genaue Nachforschungen anzustellen und uns das Resultat mitzutheilen. Unter der Herrschaft des Sozialistengefanges war, wie Liebknecht sich einmal im Reichstag ausdrückte, die Post der Polizei etwas zu nahe gekommen. Red. d. „B. V.“)

Eine Spionengeschichte wird schon wieder aus Belfort berichtet. Lancy wurde daselbst am Sonnabend ein gewisser Dietrich und dessen Schwester verhaftet, die der Spionage beschuldigt werden. Dietrich, ein alter Marinefeldwebel war Kadetten-inspektor. Stahl, ein Architekt, der preussischer Unteroffizier ist, sollte angeblich mit der Schwester Dietrichs verlobt sein und machte derselben häufig Besuche. Man fand bei Dietrich zahlreiche Pläne, die sich auf die Belforter Festungswerke beziehen. Stahl wohnte in Belfort in demselben Hotel wie der Spion Bonnet und man bringt deshalb die beiden Vorgänge in Verbindung. Die letzten Meldungen ergeben, daß Stahl in Paris ist, wo man bei demselben ein Paket mit verschiedenen Papieren gefunden hat.

Agitation in Elsaß-Lothringen. Ein Telegramm meldet uns aus Straßburg i. E. 21. Oktober: In Arbeiterkreisen wird die Absendung einer Petition an den Reichstag um Abschaffung der französischen Press- und Vereinigungsgesetze geplant. In ganz Elsaß-Lothringen sollen Unterschriften gesammelt werden.

Die Entschädigung für den Sultan von Sansibar von 4 Millionen Mark soll, wie den „Hamburger Nachrichten“ gemeldet wird, im Servaltungsweg ausgebracht werden, so daß ein Reichsgesetz zu diesem Zweck erübrige. — Die „Freis. Ztg.“ meint mit Recht, daß es von großem Interesse wäre, den Verwaltungsweg kennen zu lernen, auf dem sich diese 4 Millionen Mark aufbringen lassen.

Einen Beitrag zu den Sicherheitszuständen in dem Hinterlande des deutsch-slawischen Küstengebietes bringt eine Nachricht der „Times“, nach welcher eine Karawane, die 300 Kaskothiere mit sich führte, in Ugogo beraubt und völlig vernichtet ist. Ugogo ist die Landschaft, welche an Usagara grenzt, wo die letzte deutsche Station an dem Knotenpunkte Njapawa errichtet ist. Nach Versicherungen in der Kolonialpresse sollte die Straße von Labora bis zur Küste für Karawanen gegenwärtig völlig gesichert sein. Der oben gemeldete Vorgang zeigt, welcher Werth solchen Versicherungen beizumessen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Der Tramwaystreik in Wien steht auf demselben Fleck. Die Direktion hat nicht nachgegeben, und die Ausständigen halten ihre Fahne hoch. Die Hauptgefahr, die ihnen droht, besteht, wie wir schon gestern an anderer Stelle hervorgehoben haben, darin, daß es der Direktion gelingt, aus der gewaltigen industriellen Reservearmee, die gegenwärtig in Wien vorhanden ist, Ersatz für sie zu schaffen. Daraufhin sind die Anstrengungen der Direktion gerichtet, und es läßt sich noch nicht absehen, ob sie von Erfolg begleitet sind. Die Mittheilungen des „W. T. Z.“ sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Es steht natürlich auf Seiten des Geldsacks und glaubt bereits versichern zu können, daß der Betrieb der Pferdebahn am Mittwoch wieder in vollem Umfange mit neu eingestellten Personal werde aufgenommen werden können. Dieser „Hoffnung“ steht aber die von demselben Bureau mitgetheilte Thatsache gegenüber, daß die Direktion den „Unterwerfungstermin“ für die Streikenden von Neuem hinausgeschoben hat. Wer sich bis Dienstag Abend zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt, wird in Gnaden angenommen. Diese Verlängerung der Frist ist natürlich nicht aus Humanität erfolgt, sondern weil es mit dem Ersatzpersonal wohl noch windig aussehn mag.

Wien, 21. Oktober. Die Vertrauensmänner der streikenden Tramwayarbeiter beschloßen gestern Abend auszuhalten und den Dienst nur anzutreten, wenn die Dienstordnung abgeändert werde.

Wien, 21. Oktober. Landtag. Die Abgeordneten Schneider und Genossen verlangten in einer Interpellation die Sequestrierung der Tramway und forderten mit dem Hinweis darauf, daß die Gefahr blutiger Konflikte nahe liege, die dringliche Veräußerung, welche von der Mehrheit abgelehnt wurde. Abgeordneter Fuß und Genossen brachten hierauf eine Interpellation ein, in welcher die Verstaatlichung der Tramway begehrt wird.

Großbritannien.

London, 20. Oktober. Die englische Regierung benachrichtigte die Vertreter der auswärtigen Mächte, daß die brasilianische Republik anerkannt und den englischen Schiffen den Befehl erteilt habe, die Flagge der brasilianischen Republik zu grüßen.

London, 20. Oktober. Der schweizerische Unterthan Castioni, welcher der Ermordung des Tessiner Staatsrates Rossi beschuldigt ist, erschien heute neuerlich vor dem Zucht-Poliziergerichte. Der Advokat des Beschuldigten zeigte die Absicht an, die schweizer Regierung zum Zeugnis aufzufordern, daß es sich in diesem Falle um ein politisches Verbrechen handle. Sollte aber das Gericht das Verbrechen für ein nicht politisches erklären, so würde der Beschuldigte beweisen, daß er nicht der Thäter sei.

Der Anwalt der schweizer Regierung, Woodhall, behielt sich vor, einen Zeugen dafür namhaft zu machen, daß Castioni die That begangen habe. Derauf wurde die Verhandlung neuerlich, und zwar auf acht Tage, verlagert.

Zu einer die Gegensätze auf die Spitze treibenden Maßregel hat sich, wenn die „Times“ recht berichtet ist, der neugebildete britische Abderverein entschlossen. Er hat einen Vorschlag angenommen, welcher dahin geht, sämtliche Handelschiffe Englands zu einem zeitweiligen allgemeinen Schiffsfahrstilstand zu veranlassen, um den Widerstand der Arbeiter- und Matrosenvereine zu brechen. Kommt dieser Entschluß wirklich zur Ausführung, so entbrannt ein Kampf auf Leben und Tod zwischen zwei ungefähr gleichstarken Riegern, bei dem der Ausgang und die Folgen noch nicht abzusehen sind.

Frankreich.

Paris, 20. Oktober. Deputirtenkammer. Der Handelsminister brachte einen Gesetzentwurf betreffend den allgemeinen Zolltarif ein. Derselbe umfaßt 721 Nummern und ist in zwei Tarife eingetheilt, in einen Maximaltarif, der dazu dienen wird, die Beziehungen Frankreichs mit denjenigen Mächten zu regeln, die keine kommerziellen Vortheile einzuräumen, und in einen Minimaltarif, der für diejenigen Staaten bestimmt ist, die mit Frankreich Begünstigungsverträge abschließen. Die landwirthschaftlichen Erzeugnisse können ausschließlich in dem Maximaltarif vor, woraus hervorgeht, daß sie außerhalb jeden Abkommens mit den fremden Mächten bleiben werden. Was die Rohstoffe betrifft, suchte der Minister diejenigen festzustellen, welche den größeren Industrien unumgänglich nöthig wären; für diese sollte die Befreiung von jedem Zolle verlängert werden. Unter diesen Artikeln befinden sich Rohseide, rohe Häute, Wolle, Baumwolle und Fruchte.

Im Verlaufe der Sitzung verlangte Goussot (Boulangist) die Regierung morgen über die Maßregeln zu interpellieren, welche sie gegen die boulangistische Agitation zu ergreifen beabsichtige. Die Kammer beschloß die sofortige Verhandlung dieser Interpellation. Goussot begehrt hierauf die Einleitung gerichtlicher Verfolgung gegen seine Partei, damit die Thatsachen aufgeklärt würden. Minister Constans erwiderte, es handle sich um Akte, welche bereits durch den Staatsgerichtshof und durch die überwiegende Mehrheit aller Franzosen verurtheilt seien. Die Regierung werde keine neuen Schritte unternehmen, welche nur denjenigen nützen würden, die sie begehren. Wenn neue strafbare Verbrechen unternommen würden, werde die Regierung wissen, was sie zu thun habe. (Droulede (Boulangist) erwiderte mit heftigen Ausfällen gegen den Minister, worauf ihn der Präsident die Zensur erteilte. Unter anhaltendem Lärm der Boulangisten wurde schließlich die einfache Tagesordnung angenommen.)

Die Dringlichkeit für den Antrag Hubbard, betreffend die Wahl des Senats durch das allgemeine Stimmrecht, wurde abgelehnt. — Der Beginn der Budgetdebatte wurde auf Donnerstag festgesetzt.

Rad schlägt sich. Wie uns ein Telegramm meldet, sind in der gestrigen Kammer Sitzung in Paris zwei

Deputirte — ein Boulangist, der Hausnarr Droulede — ein gambetistischer Geschäftspolitiker, der bei Reinach, einander in die Haare gerathen, und wollen duelliren. Nun, mögen sie es thun. Da sie leider nur die Lust ein Loch schießen werden, so wird auch der weiche Theil des bekannten Sprichworts, das „verträgt sich“ gelegentlich bei ihnen einzutreffen.

Und hier nur eine Frage: wie ist es zu erklären, daß die Franzosen, welche doch für geistreich gelten wollen, welche die hübsche Entdeckung gemacht haben, daß die Lächerliche tödtet — wie können sie an diesem kindischen Duellirunfug noch festhalten? Kein Tag, der nicht ein Frankreich die Nachricht von irgend einem „politischen Duell“ brächte.

Zum Glück graffirt übrigens diese Manie nur unter den sogenannten gebildeten Klassen. Die französischen Arbeiter lachen natürlich über die verrückte Mode. Freilich, mit dem Lachen allein ist's nicht gethan, da das Lächerliche auch in Frankreich nicht mehr tödtet. Die französischen Arbeiter sollten es machen, wie weiland ihre Urgroßväter zu Anfang der französischen Revolution, welche die duellwüthigen Anhänger des ancien régime (der alten Bourbonenwirthschaft), wenn dieselben den Vertretern der neuen Ideen gegenüber ihre Fechtansätze zeigen wollten, sans façon am Kragen packten, und in dem Zirkel des Palais Royal-Gartens so lange — badeten, bis die Herrchen die Lust am Duelliren vergangen war. Eine ähnliche Prozedur wäre auch jetzt vielleicht zu empfehlen.

Holland.

In Holland scheint man sich zur Einsetzung einer Regentenschaft entschließen zu wollen. Der König ist unfähig, seine erhabenen Berufspflichten: unter eine Anzahl von Schriftstücken täglich die Unterschrift zu setzen, zu erfüllen. Infolge dessen stocden die Ernennungen, Beförderungen u. s. w., und das will sich Bureaucratie und Bourgeoisie nicht länger gefallen lassen. So wird in kurzem an Stelle des Schattenkönigs der Schattenregent treten, der bekanntlich schon einmal die Ehre hatte, von weißgelleideten Jungfrauen feierlich empfangen und als kommender König begrüßt zu werden. Damals wurde der todtgesagte König aber noch einmal gesund.

Belgien.

Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebniß der Rommunaahlen scheint eine merkliche Veränderung des Besitzthums eingetreten zu sein; jede der beiden Parteien, die liberalen wie die katholischen, rechnet sich den Sieg zu. — Die Kommunalwahl ist ebenso wie die Wahl zur Deputirtenkammer eine reine Komödie. Das belgische Volk hat mit beiden nichts zu schaffen.

Theater.

- Mittwoch, den 22. Oktober. Opernhaus. Der Freischütz. Schauspielhaus. Don Carlos. Lessing-Theater. Das zweite Gesicht. Deutsches Theater. Faust's Tod. Berliner Theater. Der Weibchenreißer. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Großvaters Operetten. Hierauf: Puppenfee. Wallner-Theater. Der Bauern doktor. Pension Schölller. Residenz-Theater. Ferréal. Viktoria-Theater. Die Million. Belle Alliance-Theater. Mein junger Mann. Ostend-Theater. Zimmermann's Gene. Thomas-Theater. Defizit. Zum Schluß: Das Jahrmarktstanz zu Pflundersweilern. Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans. Bürgerliches Schauspielhaus. Myrth-Myrth. Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung. Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung. Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung. Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c. Margarethe Steinow, Nieder- u. Walzerfängerin. Anni Carelli, Kostüm-Soubrette. Herr Rosée, Gesangs-Humorist. Adolf Gödicke, Mimiker, Stimmimitator und Charakter-Komiker. Familie Blumefeld, Parterre-Potpourri, Drehseil, Tanz. Anfangs Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr. Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf. in Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich: Grosses Garten-Concert. Direktion A. Heddemann. Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. Wochentags 10 Pf., Sonntag und Festtags 25 Pf. Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Kuchenschank von Payerhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf. Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen. 641 F. Müller.

Empfehle mein Lokal für 100 Personen mit Vereinszimmer für Arbeitsnachweis und Zahlstellen. „Berl. Volksblatt“ liegt aus. Karl Schulz, Neanderstr. 5.

Circus Renz.

Karlstraße. Mittwoch, den 22. Oktober 1890, Abends 7 Uhr: Gala-Vorstellung. U. A.: Hippologisches Potpourri mit 40 in Freiheit dressirten Schulpferden (Non plus ultra), Dressur und Vorführung von Herrn Franz Renz, Der phänomenale Reitlehrer Hr. Clarke. Fahnen-Quadrille, geritt. v. 16 Damen. Hr. Rodgers in seinen haunenerregend. Evolutionen an Luftapparaten. Auftreten d. Künstlerfamilie Priatore. 4 hohe Schulen von 4 Herren zu gleicher Zeit geritten. Auftreten der Reitlehrerinnen Willes, Killie, Girach und Zephora etc. Allwöchentlich Abends 7 Uhr: Große Vorstellung mit stets abwechselndem Programm. G. Renz, Direktor.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Täglich: Grosses Concert mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor S. Sanzleben. Wochentags: Frei-Concert. Sonntags: Entrée 20 Pf. Empfehle auch zugleich 8 Billards, 8 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen. 703 F. Sadtke.

Castan's Panopticum. Entrée 50 Pfg., Kinder 25 Pfg. 8-9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends. Vorstellung Vorm. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr. Nachm. v. 4 1/2-5 1/2 Uhr stündl. eine Vorstellung. Extra-Entrée 30 Pfg. Kinder frei. 23 Amazonen, 10 Säure aus Palmyren.

Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22-23. [742] Lebensgroße Wachfiguren. Panoramen. Dioramen. Ethnographische Sammlungen. Italienische Volksländler. Entrée 50 Pf. Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

Dr. Moesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Str. Mittwoch, den 22. Oktober: Abends 7 1/2 Uhr: Große brillante Vorstellung. Zum ersten Mal in Berlin! Unübertroffen! Das Etage-Caroussel, in Freiheit dressirten Vollblutpferden mit Herrn M. Schumann. Gastauftritte des weltberühmten Monocyclisten und Koncertisten Herrn Alexander Szari. Urfomische Klown Duroff. Schulquadrille, geritten mit 4 Rapphengsten von den Herren Gebr. Schumann u. Agimoff. Außerdem Auftreten der besten Reiter und Reiterinnen. Passage I. Er. 9 Uhr M. 5. 10 Uhr Ab. Kaiser-Panorama. Hervorrag. Sehenswürdigkeit der Welt. Zum ersten Male: Neu: Helgoland, Uebergabe. Ankunft des Kaisers. Feldgottesdienst etc. Zweite Reise durch Portugal. Zum ersten Male: Marokko mit Einzug des Sultans in Tanger. Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnement 1 M.

Geschäftshaus S. Heine

Chausseestr. 14. Die schönsten 741 Kinderkleider und -Jacken für Mädchen jeden Alters, sowie Morgenröde, Unterröde, Tricottailen u. Blonsen, auch im Einzelverkauf sehr billig! Nachbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt! Normal-Unterleider und Tricotagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe etc. Geschäftshaus S. Heine.

Nur 1 Mark

kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. 1276 Otto Eleser, Uhrmacher (Nachmann), Mannstr. 15, Gde Mariannenstr. Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräthe E. Vogtherr, Berlin O., Landsbergerstr. 64, am Alexanderpl. Stephanstr. 16 (Noabli). (Sonntags geschlossen.)

Achtung, Töpfer!

Die Streik-Kommission der Töpfer hat laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 21. Oktober ihr Bureau Preussenstr. 116, im Restaurant Grindel, und haben sich dort alle diejenigen Kollegen, welche zur Zeit streiken, behufs Kontrolle und Empfangnahme der Streikkarten von heute (22. Oktober) ab Morgens 8 1/2 bis 12 Uhr, sowie Nachmittags von 2 bis 5 Uhr zu melden. Die Streik-Kommission der Töpfer Berlins.

Achtung! Töpfer Charlottenburg!

Donnerstag, den 23. Oktob., Abd. 7 Uhr, in der Gambrius-Brauerei, Wallstr. 66. gr. öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: Die Fenster-Frage. Gäste willkommen. 1383 Der Einberufer.

Verein z. Regelung d. gewerbl. Verhältnisse der Töpfer Berlins u. Umgegend.

Sonntag, d. 28. Oktob., Vorm. 10 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79. Ordentliche General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassirers. 3. Wahl des Gesamt-Vorstandes und der Rechtschutz-Kommission. 4. Wahl der Arbeitsvermittler. 5. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand. NB. Bei der Reichhaltigkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Kollegen, welche sich vor der Versammlung als Mitglieder aufnehmen lassen, haben Stimmrecht.

Grosse öffentliche Arbeiterinnen - Versammlung.

Mittwoch, den 22. Oktob., Abds. 8 1/2 Uhr, im Böhm. Brauhaus, Landsberger Str. 140. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegirten vom Parteitag in Gasse. Ref. Frau Ihror (Welter). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Männer haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellen-sammlung statt. Die Einberuferin: Frau Mathilde Hofstetten, Liechstr. 7.

Allgem. Metallarbeiter-Verein Berlins u. Umgegend

Mittwoch, den 22. Oktober, Abd. 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Barta's Salon, Bergstr. 120 (Keiner Saal). Große Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Nationalreichthum und Nationalarmuth. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste haben Zutritt. Um recht regen Besuch wird gebeten. Der Vorstand.

Achtung! Fachverein d. Steindrucker u. Lithographen.

5. Stiftungs-Fest Grosser humoristischer Herren-Abend am Samstag, den 25. Oktober, im Eiskeller - Etablissement, Anfang 8 1/2 Uhr. Chausseestr. 88. Entrée 50 Pf. Biletts sind zu haben beim Kollegen Friedewaldt, Doppelstr. 28, sowie bei sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes. Außerdem sind noch Biletts bei Kollegen am Eingang zu haben. Die arbeitslosen Mitglieder werden ersucht, ihre Biletts am Freitag, den 24. Oktober, im Arbeitsnachweis, Rosenstr. 20, in Empfang zu nehmen. Um recht rege Theilnahme wird gebittet. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Mailand, 16. Oktober. Die Arbeiterorganisationen Mailands hielten am vorigen Sonntag ihren ersten vorbereitenden Kongress für die bevorstehenden Wahlen ab. Auf demselben wurde ein gemeinsames Partei-Programm für die Arbeiterpartei und die sozialistische Liga aufgestellt, mit welchem diese beiden in den Wahlkampf einzutreten beabsichtigen. Da aber, wie schon früher berichtet, am 19. Oktober in Ravenna der erste italienische Sozialistenkongress zusammentreten wird, so wird voraussichtlich das von den Mailänder Genossen angenommene Programm auch für die Gesamtpartei Geltung erlangen und somit die schon so lange gewünschte definitive Konstituierung der allgemeinen Arbeiterpartei Italiens zur Folge haben. Das Programm umfasst folgende Punkte:

1. Das allgemeine Stimmrecht ist in allen Fällen durchzuführen, wo Bevollmächtigte des Staates oder der Gemeinde zu ernennen sind.
2. Den Mitgliedern der Volksvertretung ist vollständige Indemnität zu garantieren, damit das Repräsentativamt den Angehörigen jeder Bevölkerungskategorie zugänglich wird.
3. Das Versammlungsrecht ist zu gewahren für Zusammenkünfte jeder Art, gleichviel in welcher Lokalität oder an öffentlichen Plätzen. Abzuschaffen sind die Einrichtungen der behördlichen Verwarnungen, der gerichtlichen Anweisung eines bestimmten Wohnortes, die politische Polizei und alle geheimen Fonds.
4. Allen Gemeinden ist vollständige Autonomie und das Recht der Vereinigung untereinander zu gewahren ebenso soll jede Gemeinde das Recht haben, ihre Wahlindikate selbst zu ernennen.
5. Volle Verantwortlichkeit der Minister und aller öffentlichen Beamten.
6. Als erforderlich wird erklärt ein Gesetz über die Zulässigkeit der Scheidung, und der staatlichen Fürsorge für verlassene Kinder. Um ein Äquivalent für die Verpflichtungen der Mutter zu finden, ist auch die Nachforschung nach der Vaterschaft gesetzlich zu regeln.
7. Der Jugendunterricht soll von der Volksschule an bis zur Universität durchaus unentgeltlich sein, der Elementarunterricht von jeder Aussicht der Kirche und für fünf Jahre obligatorisch; ebenso ist überall der Turnunterricht einzuführen.
8. Für alle Lehrer und Lehrerinnen ist das jährliche Einkommen in den ländlichen Kommunen auf 800 Lire, in den städtischen auf 1100 Lire festzusetzen.
9. Mit allen bestehenden technischen Lehranstalten sind unentgeltliche Fortbildungsschulen für Handwerker zu verbinden.
10. Das öffentliche Submissionswesen ist derart zu verändern, daß die privaten Spekulanten und Zwischenhändler zurückgewiesen werden und an deren Stellen die Produktiv-Genossenschaften der Arbeiter zu bevorzugen sind. In jedem Falle aber soll der Staat, sobald er irgend eine Arbeit vergibt, dem Unternehmer zur Zahlung eines vorgeschriebenen, mit den Arbeiterausschüssen vereinbarten Minimallohnes verpflichtet.
11. Die Arbeit in den Gefängnissen darf der freien Arbeit keine Konkurrenz bereiten; es ist deshalb die industrielle Gefängnisarbeit gänzlich zu beseitigen und den Arrestanten Beschäftigung in der Landwirtschaft, besonders durch Urbarmachung unbenutzten Landes, zu gewähren.
12. Abschaffung aller Staatsmonopole.
13. Der gesetzliche Arbeitstag ist auf 8 Stunden festzusetzen; jedem Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts ist ein Tag Ruhe in jeder Woche zu garantieren. Zur Ueberwachung dieses Gesetzes sind in allen Gemeinden Ausschüsse zu ernennen.
14. Der Minimallohn ist gesetzlich zu bestimmen für alle Arbeiter in Stadt und Land, gleichviel, ob sie in privaten oder in staatlichen Betrieben angestellt sind. Die Höhe des Minimallohnes ist jährlich von den ordentlichen Vertretungen der Arbeiter (den Arbeiterkammern) festzusetzen.
15. Für gleiche Arbeit ist der gleiche Lohn festzusetzen für Arbeiter beiderlei Geschlechts.
16. Für alle Erwerbszweige sind durchaus unabhängige Verwaltungskollegien zu wählen.
17. Strenge Anwendung der bestehenden Gesetzgebung bezüglich der Kinderarbeit; weitere Bestimmungen zur Abgrenzung der Frauenarbeit.
18. Volle Verantwortlichkeit der Unternehmer bei Unglücksfällen der Arbeiter wegen ungenügender Sicherheitsvorrichtungen.
19. Unbeschränkte Koalitionsfreiheit der Arbeiter neben völliger Neutralität der staatlichen Behörden bei Arbeitsunternehmungen. Der Regierung soll es nicht mehr erlaubt sein, den Arbeitgebern bei ausgebrochenen Streiks Mannschaften der Armee als Arbeiter zur Verfügung zu stellen.
20. Allmähliche Abschaffung aller direkten und indirekten Abgaben für Lebensmittel und die wichtigsten Bedarfsartikel, dafür höhere Besteuerung der großen Vermögen und Einführung einer Erbschaftsteuer.
21. Abschaffung der stehenden Heere.

Lokales.

Zur Lage der Hilfsarbeiter bei amtlichen Behörden. In letzter Zeit ist aus von uns mehrfach die öffentliche Aufmerksamkeit auf die bellagenerthe Lage der Hilfsarbeiter bei den Behörden und darauf hingewiesen worden, daß diese bei ihrer täglich zu erwartenden Entlassung und den abzuwartenden Diensten (die Eisenbahn-Direktion in Königsberg zählt z. B. ihrer Hilfsarbeiter 1,60 M. pro Tag) ein Dasein fristen, welches hinter dem Elend der Arbeiter im Allgemeinen nicht viel zurücksteht. — Der Einzige der sich im Reichthum der Hilfsarbeiter mit Energie angenommen, war der Abgeordnete Singer, aber obwohl auch die anderen Parteien sich dem Wohlwollen verhielten, wurden für die im Bureau- und Kanzleidienst beschäftigten Hilfsarbeiter in Rücksicht auf die Lebensmittel doch nur eine Erhöhung von 5 pCt. des bisherigen Lohnes bewilligt. (Für den kaiserlichen Haushalt wurden aus gleichem Grunde 3/2 Millionen Mark bewilligt. v. Ned.) Ob 1,60 M. ist ganz egal. Noch trauriger gestaltet sich aber das Los von solchen Hilfselementen, welche nicht einmal Diktanden erhalten, sondern noch mit Stücklohn bezahlt werden. In dieser traurigen Lage befinden sich die Briefträger des Magistrats in Berlin. Zwar sind dieselben verheiratet und tragen eine blaue Dienstmütze wie die Gerichtsvollzieher, um ihnen äußerlich den Anschein von Beamten zu geben, aber in Wirklichkeit sind sie es nicht. Sie können jederzeit entlassen werden und müssen auf Grund des von ihnen unterzeichneten Dienstvertrages eine lästige Kündigungspflicht inne halten. Trotzdem daß ihr Einkommen, welches sich nach der Stückzahl der von ihnen beförderten Briefe richtet, ungewiß ist, wurden sie in Stufe 6 zur Steuer

eingeschätzt, die sie voll zahlen müssen. Die Vergünstigung der Beamten haben sie nicht; Reklamationen bleiben ohne Erfolg; der Weg der Klage ist wegen der Mittellosigkeit und der Gefahr täglicher Kündigung ausgeschlossen. Da die Briefsachen, welche sie zu vertragen haben, als abschlägig beschiedene Steuerreklamationen, Schulstrafen, Exekutionsanzeigen und Androhungen zc. dem Empfänger unangenehm sind, läßt er seinen Unwillen nur zu häufig am Voten aus; beleidigende Aussetzungen, ja sogar thätliche Angriffe sind nicht selten. Würde es sich um einen Beamten handeln, so wäre man sofort mit Strafanträgen wegen Beamtenehüdigung im Dienst bereit.

Während der Beamte jährlich 4-6 Wochen Urlaub mit fortlaufendem Gehalt, im Krankheitsfalle sogar Extrarurlaub und Extrazuschüsse erhält, hat der Magistrats-Briefträger, dessen anstrengende Tätigkeit nur zu häufig am Voten aus; beleidigende Aussetzungen, ja sogar thätliche Angriffe sind nicht selten. Würde es sich um einen Beamten handeln, so wäre man sofort mit Strafanträgen wegen Beamtenehüdigung im Dienst bereit.

Der Anschluß der Blühleiter an die Gas- und Wasserleitungen wird nunmehr in ein ferneres Stadium der Erörterung treten. Bisher hat diese wichtige Frage nur Privatvereine beschäftigt; das Ergebnis dieser privaten Ermittlungen und Besprechungen ging im Wesentlichen dahin, daß von den Bau- und Elektricitätstechnikern die Nothwendigkeit und Durchführbarkeit der Anschlüsse ebenso entschieden bestritten wurde, wie die Gas- und Wasserleitungs-Techniker diese Anschlüsse als gefährlich und für das Leitungsnetz schädlich bekämpften. Vor längerer Zeit wurde in Berlin eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des bekannten Meteorologen Professor Dr. Bogold eingesetzt, um an der Hand etwa vorkommender Blitzschläge zu prüfen, ob eine Gefahr für die Leitungsrohre aus dem Anschluß der Blühleitungen anzunehmen sei. Allein die Erörterungen dieser Kommission haben bisher eine Klärung in dieser Frage nicht zu bewirken vermocht, denn sobald die Folgen eines Blitzschlages genauer untersucht wurden, haben die Wasserleitungs-Techniker stets mit ebenso großem Scharfsinn die Gefahren des Anschlusses der Blühleiter in dem gegebenen Falle darzulegen gesucht, wie die Anhänger des Anschlusses die Gefährlichkeit desselben als erwiesen erachteten. In größeren Städten soll nun, wie die Elektrotechniker annehmen, die Blühleiter mit der Ausdehnung des bebauten Gebietes wachsen; auch die Wichtigkeit dieser Annahme findet Widerspruch bei den Wasserleitungs-Technikern. Da unter solchen Umständen an eine Verbindung der gegnerischen Sachverständigen über diese Frage nicht zu denken ist, so wollen die Elektrotechniker die Entscheidung der Staats- und eventuell auch der Reichsbehörden anrufen, damit diese ein maßgebendes Wort in der Sache sprechen. In diesem Sinne wird gegenwärtig für eine Petition an den Reichstag und an den preussischen Landtag unter den Berliner Bau- und Elektricitäts-Interessenten agitiert. Aber auch hier machen sich Bedenken gegen eine solche Petition geltend, da man an vielen Stellen den positiven Beweis für die Unschädlichkeit der mehrerwähnten Anschlüsse nicht für erbracht erachtet.

Die Hübnersdorfer Kalkwerke befinden sich bekanntlich zum Theil in königlichem und zum Theil in städtischem Besitz. Man sollte daher erwarten, daß die an jenen Werken beschäftigten Arbeiter einen einigermaßen genügenden Lohn erhalten. Dies ist aber nicht der Fall. Die Lohnverhältnisse müssen sogar als recht traurige bezeichnet werden. Bisher betrug der Schichtlohn 2 M. 85 Pf. Diese geringe Summe ist aber von der Verwaltung der Werke noch als zu hoch befunden worden; denn seit dem 1. Okt. wird für die Schicht nur noch 2 M. 10 Pf. bezahlt. Die Arbeiter müssen also eine für ihre Verhältnisse recht empfindliche Einbuße erleiden. Selbst Leute, die bereits länger als 15 Jahre an den Werken angestellt sind und Gelegenheit gehabt haben, bei schweren Unfällen ihre Thätigkeit zu beweisen, sind von der Lohnherabsetzung betroffen worden, welche um so unbegründeter erscheint, da allgemein bekannt ist, daß aus den Hübnersdorfer Kalkwerken ein vorzüglicher Verdienst gezogen wird. Aus einem uns vorliegenden Lohnzettel geht hervor, daß die Arbeiter infolge des geringen Einkommens gezwungen sind, so hohe Vorkäufe zu entnehmen, daß sie am Schlusse des Monats kaum noch einige Mark erhalten können. Wo soll da eine Freude am Leben und an der Arbeit herkommen?

Die Rettungsbälle, welche an den Geländern der Brücken angebracht sind, scheinen sich in einem traurigen Zustande zu befinden. Am vergangenen Freitag gegen 8 Uhr Abends stürzte von der Oberbaumbrücke ein Mann ins Wasser. Mehrere Personen beeilten sich, den an der Brücke angebrachten Rettungsball zu lösen. Dieses gelang jedoch erst nach langen, zeitraubenden Anstrengungen, da der Ball gar zu fest am Geländer angebunden war. Aber auch jetzt war es nicht möglich, den Rettungsball zu beugen, denn der an demselben befestigte Strick war kaum zu entrollen und erwies sich infolge des langen Hängens als so steif, daß er nicht ausgeworfen werden konnte. Zwar wurde in aller Eile ein Rettungsbahn flott gemacht, doch gelang es nicht mehr, die ins Wasser gestürzte Person zu retten. Mögen diese Zeiten dazu Anlaß geben, daß von nun ab die Rettungsbälle von Zeit zu Zeit über ihre Verwendbarkeit untersucht werden.

Die Obduktion der beiden am Freitag verstorbenen Schaafschen Kinder Margarethe und Fritz hat vorgestern Nachmittag in der Leichenhalle stattgefunden. Das Ergebnis derselben bei den gemordeten Kindern ergab das überraschende Resultat, daß der unermessliche Vater den Kindern erst mit der stumpfen Seite des Weils einen schwachen Hieb an der rechten Seite des Kopfes versetzte, welcher nur eine ganz leichte Verletzung an der Schläfe verursachte hat; hiernach muß sich der Knabe ausgerichtet haben und dann erhielt das bedauernswürdige Kind einen wuchtigen, seitlings geführten Hieb an der rechten Seite des Kopfes, so daß die Schläfe auf eine Länge von 5 cm den Schädel durchbrach und etwa einen Zoll tief ins Gehirn eindrang. — Margarethe Sch. hatte zwei Hiebe mit der stumpfen Seite der Axt gegen die linke Schläfe resp. gegen den Schädel erhalten, wodurch die Schädeldecke eingebrückt worden ist. Andere Verletzungen waren nicht vorhanden. Die Obduktion der ältesten Tochter Anna findet heute Nachmittag statt.

Zum Schaafschen Mord liegen heute folgende Mittheilungen vor: Die Ehefrau Schaaf ist gestern Nachmittag 1/8 Uhr in der Charitee gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Von den unglücklichen Opfern befindet sich also nur noch die kleine Elsa am Leben, deren Tod ebenfalls jede Minute erwartet wird. Von dem Mörder fehlt auch jetzt noch jede Spur. Ueber die Familienbeziehungen der Schaafschen Eheleute erzählt man, daß ihr Verhältnis zu den Schwiegereltern, dem Rentier Depueuxschen Ehepaar nicht das beste war. Schaaf hätte von Heyne öfter Geld geflehen, ohne dasselbe zu der be-

stimmten Zeit zurückzugeben. Es kam infolge dessen zu einem Prozeß, der die Beziehungen derartig trübte, daß z. B. die Schwiegereltern von der Geburt des jüngsten Kindes, des zuerst ermordeten Karl, erst nachträglich und zufällig durch dritte Personen erfuhr.

Von anderer Seite wird uns noch geschrieben: Auf Antrag der Schwiegereltern des Schaaf ist Rechtsanwalt Dr. Rosenstock von Amiswegen zum Pfleger über das Gesamtvermögen ernannt worden. Das Vermögen besteht aus dem Zimmerplatz, werthvollen Geräthen und zahlreichen Forderungen und Ausständen, sowie aus einem Grundstück, auf welches Schaaf eine Baaranzahlung geleistet hat. Diesen Werthen stehen jedoch Schulden gegenüber, die das vorhandene Vermögen erheblich übersteigen. Aus diesem Grunde würden die Erben schwerlich geneigt sein, die Erbschaft anzutreten, falls das Ableben des Schaaf, welches allgemein vermuthet wird, bestätigt werden sollte. In diesem Falle wird der Rechtsanwalt Dr. Rosenstock zum Erbschaftspfleger ernannt werden. Jedenfalls wird Dr. Rosenstock zunächst eine öffentliche Aufforderung an sämtliche Personen, welche an Schaaf noch Forderungen haben, richten, damit sich alle Gläubiger melden und entweder eine gütliche Einigung möglich wird oder der Konkurs angemeldet werden kann. Ueber den Aufenthalt oder das Schicksal des Schaaf ist noch nichts ermittelt. Gestern wurde in der Jungfernhaide eine gründliche Durchsuchung vorgenommen, welche jedoch, wie alle bisherigen Bemühungen, erfolglos blieb. Die Mittheilungen, welche über Frau Schaaf verbreitet worden, nach denen die unglückliche Frau eine religiöse Schwärmerin gewesen sein soll, entbehren jeder Begründung. Vielmehr dürfte das Gegenstück zutreffend sein. Am Tage vor dem Mord wurde die Launische für das jüngste Kind in der Schaafschen Wohnung abgegeben. Frau Schaaf gab diese Wäsche einer Nachbarin in Verwahrung, da es bei ihr wie sie sagte, des bevorstehenden Umzugs wegen etwas schmutzig sei. Das Abendessen hat die Familie am Abend vor der That noch gemeinschaftlich und, wie der Augenschein ergab, in größter Eintracht eingenommen. Die Stühle standen noch am Sonnabend, als Dr. Rosenstock die Wohnung betrat, um den Tisch herum, und auf dem Tische befanden sich noch die Reste der Abendmahlzeit, Brot, Käse zc., sowie eine Flasche mit einem Rest weißen Weins sowie auch mehrere Weißbier-Flaschen. Die Befundungen flüger Nachbarinnen, welche das schreckliche Ereigniß schon vorher ganz genau gewußt haben, weil die Beteiligte vorher schon ganz bestimmte Aeußerungen gethan haben sollen, sind mit sehr großer Vorsicht aufzunehmen. Solche Zeugnisse sind fast bei jedem Mord epidemisch. Die einzige Aeußerung des Schaaf, welche amtlich hat konstatiert werden können, besteht darin, daß Schaaf einem Tapezierer gegenüber geäußert hat: „Wenn Sie mich spänden lassen, nehme ich mir das Leben!“ Das daraus indessen nicht die Absicht des Mordes hergeleitet werden kann, sieht fest. Voraussichtlich hat diese Absicht auch niemals bei Schaaf vorgelegen, der Mord ist vielmehr jedenfalls die That des plötzlichen Wahnsinns gewesen. Schaaf scheint bei seiner Flucht nichts mitgenommen zu haben, selbst seine silberne Taschenuhr wurde am Thortor aufgefunden.

Gestern Morgen hatte sich der Kriminalkommissarius Kühne infolge einer an die hiesige Kriminalpolizei gerichteten Drahtnachricht, daß in Röhensee eine Wasserleitung ausgefunden worden sei, behufs Besichtigung derselben dorthin begeben. Die Annahme aber, daß es diejenige des Zimmermeisters Schaaf sein könne, hat sich nicht bestätigt. Ueber das Verhältnis der Schaafschen Eheleute zu den Eltern bzw. Schwiegereltern Heine wird der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt, daß beide Familien seit einiger Zeit nicht besonders einträchtig mit einander gelebt haben. Die Veranlassung hierzu war der Umstand, daß Heine seinem Schwieger-sohn mehrfach Geld geliehen hatte, dasselbe aber, als er es zum Studium der Medizin für seinen Sohn benötigte, nicht zurückzahlen konnte und den Weg der Klage einschlagen mußte. Selbst Frau Schaaf soll sich von ihren Eltern ferngehalten haben, so daß diese von der Geburt ihres jüngsten Kindes Karl erst nach mehreren Wochen durch fremde Leute Kenntniß erhalten haben.

Mit einer tödlichen Schusswunde am Kopf wurde am vorgestrigen Nachmittag der in der Lottumstraße wohnende Maschinenführer Martin L. in die Charitee gebracht, in welcher er wenige Stunden nach seiner Einlieferung verstarb. Der Mann hatte sich in der in der Brunnenstraße gelegenen Fabrik, in welcher er beschäftigt war, aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf gefeuert, nachdem er kurz vorher seinen Arbeitskollegen erklärt hatte, daß er seines Lebens überdrüssig sei.

Ein Angeln ertrunken. Der Schneider Hille aus Berlin hatte sich am Montag Nachmittag mit zwei Freunden nach den Treptower Wiesen begeben, um daselbst zu angeln. Die drei Personen hatten zu diesem Zweck auf einem in der Spree lagernden Floß Platz genommen. Auf den glatten Balken glitt Hille plötzlich aus, stürzte ins Wasser und gerieth sofort unter das Hochholz, so daß die von seinen beiden Genossen unternimmt angestellten Rettungsversuche fruchtlos blieben. Die Leiche des ertrunkenen Hille ist noch nicht gefunden worden.

Auf die Ergreifung des Rechnungsführers Peter Couper, welcher nach Unterschlagung einer bedeutenden Geldsumme aus Emden flüchtig ist, haben die dortigen Behörden eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt. Es wird angenommen, daß Couper das Schiff, auf welchem er nach dem Kap der guten Hoffnung zu reisen beabsichtigte, Ende August in Madeira verlassen und sich dann anderswohin gewandt habe. Der Gesuchte ist 40 Jahre alt, von mittlerem Körperbau, mit breiten Schultern, hat gesunde Gesichtszüge, helle Augen, eisengraues Haar und trug einen am Kinn ausrasirten Bart.

Durch Ueberfahren getödtet. Ein etwa elfjähriger unbekannter Knabe, welcher gestern Abend in der Hofenholzerstraße einem vorüberfahrenden Vöschzuge der Feuerwehr nachlief, wurde von einem herankommenden Privatfahrzeug niedergewaldet und überfahren. Passanten hoben den bestmöglichen und blutüberströmten Knaben vom Pflaster auf und brachten ihn nach der nächsten Polizeiwache, von wo aus die Ueberführung des Verunglückten nach einem Krankenhause bewirkt wurde. Dort vermochte man jedoch nur den inzwischen eingetretenen Tod des Knaben festzustellen. — Der Knabe war in dem Anblick des unter Fadellicht dahinstrahlenden Vöschtrains so vertieft, daß er die wiederholten lauten Zurufe des Kutschers der heranrollenden Equipage nicht wahrnahm.

Das erste Eis! Ungewöhnlich zeitig scheint sich in diesem Jahre der Winter einzustellen zu wollen, denn in der vergangenen Nacht hat er mit einem ziemlich empfindlichen Frost seinen Einzug gehalten. Bei 2 Grad unter Null hatte sich auf den Wiesenflächen, in den Steinsteinen zc. 1 bis 2 mm starke Eisschicht gebildet, welche den wärmenden Sonnenstrahlen bis in die späteren Vormittagsstunden hinein widerstand.

Polizeibericht. Am 20. d. M. Vormittags gerieth ein Mann vor dem Hause Reindensdorferstraße Nr. 43 A in der Trunkenheit unter einen Bierwagen und wurde durch die unter dem Wagen hängenden Tonnen so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. — Zu derselben Zeit verlor sich im Thiergarten, nahe dem großen Spielplatz, eine Frau sich zu tödten, indem sie

sich die Pulsader der linken Hand mittelst eines Brotmessers öffnete. Sie wurde vom Blutverlust geschwächt, aber noch lebend nach der Charitee gebracht. — Mittags brachte ein Seidenwirter an seiner Arbeitsstelle, in der Brunnenstraße, sich zwei Revolverkugeln in den Kopf bei, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Nachmittags fiel ein Mann vor dem Grundstück Neue Kofstraße Nr. 2 anscheinend infolge der Krankheit nieder und erlitt eine schwere Verletzung am Hinterkopfe, so daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — Abends wurde ein 11-jähriger Knabe vor dem Hause Polbringerstraße 37 von einem Arbeitswagen überfahren und dabei so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zur Charitee verstarb. Nach den Aussagen von Zeugen ist der Knabe in das langsam fahrende Fahrzeug hineingekommen. — Zu derselben Zeit fuhr der Kaiserliche Lehmann mit seinem Arbeitsfuhrwerk aus Unachtsamkeit an der Ecke der Kasanien-Allee und der Schwedterstraße auf den weg. Umpflasterung auferzessenen Straßentheil, fiel dabei vom Wagen und erlitt einen Bruch der Lendenwirbelsäule, so daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 21. d. M. wurde der Schachtmeister Zimmermann vor dem Hause Große Franzstraße 8 von einem anderen Mann durch Messerstiche im Gesicht bedeutend verletzt. — Am 20. d. M. und in der Nacht zum 21. d. M. fanden 4 Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Der Zigarrenhändler Johannes Bobbe, jener Verfälscher der vielbesprochenen „Moabiters Menschenfalle“, der wegen Brandstiftung zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde, hat vom Zuchthause zu Sonnenburg ein langes Schriftstück an seinen Verteidiger, den Rechtsanwalt Silberstein, gerichtet, in welchem er denselben interessante Mittheilungen macht, die dazu dienen sollen, ein Wiederaufnahmeverfahren zu erwirken. Bobbe giebt an der Hand einer beigefügten Zeichnung an, wo er bedeutende Schätze verborgen haben will. Er behauptet ferner, daß die Falltür in seinem Laden nicht vor, sondern unter dem Ladentisch sich befunden hat, so daß sie Tags über nicht zu sehen war. Sollte es zu einer nochmaligen Verhandlung im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens kommen, so dürste Bobbe mit interessanten Enthüllungen hervortreten.

Von der Fingigkeit der Post. Wegen Beleidigung der kaiserlichen Postverwaltung und eines Briefträgers stand gestern der Handlungskommiss Paul Sasse vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war am 1. April er. vom Hause Eimstraße 122 nach dem Nebenhaus verzogen und deshalb verspätete sich die Bestellung einer an ihn gerichteten Postkarte um 24 Stunden. Er richtete eine geharnischte Beschwerde an die Postdirektion, in welcher er den Briefträger der Bummelstraße beschuldigte. Die beigelegte Postkarte hat er sich zurück, um den gekauften Klamehandel, betreffend die Fingigkeit der Postbeamten, gebührend in der Presse beleuchten zu können. Er erhielt den Bescheid, daß der betr. Briefträger an jener Verzögerung keine Schuld trage, da seine Erkundigung bei dem Eigenthümer nach der Wohnung des Adressaten am ersten Tage ebenfalls so erfolglos gewesen, wie die angelegte Anfrage bei dem Meldeamt. Der Angeklagte erwiderte der Postbehörde in einem Schreiben, welches, wie der Vorsitzende des Gerichtshofes sich ausdrückte, in einem so lächerlich hochtrabenden Ton gehalten war, daß man fast an der Zurechnungsfähigkeit des Schreibers zweifeln konnte. „Ich muß mein Mißfallen ausdrücken“, begann der Brief des jugendlichen Schreibers, der sich dann noch in einigen beleidigenden Auslassungen erging und schließlich von der Post eine Entschädigung von 6 M. 50 Pf. verlangte, da er um diesen Betrag durch die Verspätung der Postkarte gebracht worden sei. In der Unterschrift nannte der Angeklagte sich Sasse, um sich dadurch ein größeres Ansehen zu geben. Die fragliche Karte stammte von seiner Schwester, die ihn bat, sie gelegentlich ihrer Durchreise auf dem Bahnhof zu begrüßen. Der Angeklagte begründete seinen Anspruch auf Entschädigung dadurch, daß er seine Schwester um eine Unterstützung hatte angehen lassen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M. ev. 20 Tage Gefängnis, und der Gerichtshof sah sich bei der maßlosen Ueberhebung, die in dem Gebahren des Angeklagten lag, nicht veranlaßt, das Strafmaß zu ermäßigen, sondern erkannte nach dem Antrage.

Auf eine eigenthümliche Art ist der Schlächtergeselle Albert Thielemann zu einer Anklage wegen Hehlerei gekommen, die gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Am Schützenfest-Sonntag stand der Angeklagte unter jenem dichten Menschenhaufen, der in der Nähe der Schloßbrücke Ausstellung genommen hatte, um den Festzug zu sehen. Er fühlte sich an der rechten Seite wiederholt angegriffen, blatte hin und sah eine Hand, die ihm ein Portemonnaie zureichte. Thielemann nahm es, und steckte es schamlos ein. Mit einem Male hatte er keine Zeit mehr, das Eintreten des Juges abzuwarten, er wandte sich zum Gehen. Da fühlte er sich plötzlich von starker Hand am Kragen gepackt. Es war ein Kriminalbeamter, der das Wandern mit dem Portemonnaie beobachtet hatte und den Ergreifenden für den Teilnehmer einer Taschendiebesbande hielt, der im vorliegenden Falle die Rolle übernommen hatte, den eigentlichen Dieb zu decken und die Beute in Sicherheit zu bringen. Thielemann behauptete seine Unschuld und es hat sich auch nicht nachweisen lassen, daß er mit Taschendieben in Verbindung stand, denn es ist nicht möglich gewesen, einen seiner Helfershelfer zu entdecken. Es blieb nur die Annahme übrig, daß der Taschendieb sich in dem Gebänge in der Person seines Gehilfen getreut und einem gänzlich Unbetheiligten das Portemonnaie zugespielt hat. Thielemann wurde übrigens wegen eines an Raub grenzenden Diebstahls gesucht. Einer auf der Straße gehenden Frau, die ihr Portemonnaie in der Hand trug, entriß er dasselbe im Vorübergehen mit klügelndem Griff und rannte davon. Das Gericht belegte den mehrfach Verurtheilten wegen beider Straftaten mit anderthalb Jahren Zuchthaus.

Arbeiterbewegung.

In Leipzig hat am 14. d. M. eine von 600 Personen besuchte Tagelöhnerversammlung, zu der auch die Pianoforte-Arbeiter, Nahmenträger, Regulator-, Parquet- und Etui-Fischer, Anschläger und sämtliche in den Werkzeug- und Polstfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen worden waren, in einer Resolution die bestehenden kleinen Branchenvereine der Tischler für unzureichend erklärt und das Branchenvereinbarungsbüro beauftragt, bis zum 1. Januar 1891 einen Verein zu bilden, dem jeder Tischler und Arbeiter verwanter Branche beitreten könne. In die zur Beobachtung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bereits bestehende Tarif- und Beschwerde-Kommission der Tischler wurden 8 Angehörige der Nebenbranche des Gewerbes als Mitglieder gewählt. Weiterhin beschäftigte sich die Versammlung mit dem von der Leipziger Tischlerinnung eingeführten Institut des Arbeitscheins, den der Meister dem abgehenden Gehilfen ausständig und ohne dessen Vorweis kein Gehilfe bei einem Innungsmeister Arbeit findet. Der vorgedachten Zeit halber wurde diese Angelegenheit und andere die Innung betreffende Fragen einer nächsten Versammlung vorbehalten. — Die Zigarrensortierer beschloßen der „Vz. Zg.“ zufolge an demselben Tage, dem Verband deutscher Zigarrensortierer in Hamburg als Einzelmittglieder beizutreten und den Verkehr mit dem Verband durch einen Vertrauensmann vermitteln zu lassen, da die Errichtung einer Zahlstelle polizeilich untersagt worden sei. — Eine von 250 Personen besuchte Versammlung der Lithographen und Steindruckers beschloß, dem auf Einführung

der achtstündigen Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung gerichteten Beschlüsse der Versammlung der graphischen Arbeiter vom 23. September beizutreten und zur Vorbereitung der hierzu etwa notwendigen Arbeitseinstellung einen Fonds anzusammeln, zu dem die Gehilfen 25 Pf., die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen 10 Pf. wöchentlich beizutragen sollen.

Waldenburg, 20. Oktober. Bergmann Herrmann aus Altwasser, welcher nach seiner Rückkehr von dem deutschen Bergarbeitertage zu Halle seitens der Bergverwaltung sofort die Abkehr erhielt, beruft jetzt an verschiedenen Orten des Neviere allgemeine Bergarbeiter-Versammlungen ein, da er auch seines Postens als Knappschafts-Vorstand entsetzt werden soll; eine Neuwahl ist seitens der Behörde bereits ausgeschrieben worden. Nach dem Wortlaut des Knappschafts-Statuts verliert nämlich derjenige Bergmann dieses Amt, welcher seine Arbeit aufgibt. Darum hält Herrmann, der ja die Arbeit nicht freiwillig niederlegte, seine Maßregelung für statutenwidrig. Die bisher in dieser Affäre einberufenen Versammlungen nahmen nun einstimmig eine Resolution an, dahin lautend, daß die Knappen in vorliegendem Falle von der Nothwendigkeit einer Neuwahl durchaus nicht überzeugt seien. Diese an den Knappschaftsvorstand gerichteten Resolutionen blieben aber bis heute unbeantwortet. Erweise sich dieselben als erfolglos, so wird bei dem königlichen Ober-Bergamt Beschwerde erhoben und vorerst eine Umarbeitung des Knappschafts-Statuts beantragt werden.

Soziale Uebersicht.

Bekanntmachung

für die eingeschriebenen, sowie die auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfsklassen.

In Verfolg des Aufrufs zur Beschickung eines Kongresses der freien Krankenkassen macht die unterzeichnete Kommission bekannt, daß der Kongress innerhalb acht Tagen nach dem nächsten Zusammentritt des deutschen Reichstages (der wahrscheinlich am 18. November erfolgt) in Berlin eröffnet wird! Die genaue Angabe des Tages der Eröffnung wird den Delegirten zur rechten Zeit mitgetheilt.

Die Vorstände aller freien Krankenkassen werden deshalb aufgefordert, den Entwurf zur Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes in öffentlichen oder Mitgliederversammlungen zur Diskussion zu stellen, damit die Mitglieder Stellung zu demselben nehmen und ihre Ansicht über denselben durch Anträge, welche dem Kongress zu unterbreiten sind, kund geben können. Alle Anträge, welche der Kommission rechtzeitig zugehen, werden den Delegirten gedruckt vorgelegt.

Jede Kasse hat nur ein Mandat auszustellen, auch dann, wenn dieselbe mehrere Delegirte sendet; Mandatformulare sind von der Kommission zu fordern.

Die gewählten Delegirten müssen sobald wie möglich bei der Kommission angemeldet werden, damit rechtzeitig für die nöthigen Quartiere gesorgt werden kann.

Alle auf den Kongress bezügliche Anfragen, Anmeldungen, Anträge u. s. w. sind zu richten an L. J. Levinson in Altona, Blücherstr. 21. Durch denselben ist auch das Kranken-Versicherungsgesetz, dem der neue Entwurf gegenübergestellt ist, nebst der Begründung desselben, zum Preise von 80 Pf. das Stück franko zu beziehen.

Die Kommission:

G. Blume, G. Deisinger,

L. J. Levinson.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, diese Bekanntmachung, wenn möglich, an hervorragender Stelle zum Abdruck zu bringen.

An die Arbeiterschaft Deutschlands! Genossen! Genossinnen! Nach dem Vorbilde der Fabrikanten-Koalitionen in Hamburg, Leipzig und anderwärts suchen nun auch die Fabrikanten der Tabak- und Zigarrenbranche die Organisation der Tabakarbeiter — den Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter — zu sprengen. Der erste Versuch zu diesem Zweck wird jetzt in Schwere in Bessen gemacht. Die dortigen Zigarren-Arbeiter und Arbeiterinnen stellten kürzlich in Anbetracht ihrer ungünstigen Lage und sogar von den Fabrikanten selbst dazu aufgefordert, welche ein Entgegenkommen versprochen, die Forderung einer Lohnerhöhung von 5-7 pCt., eine gewiß höchst zureichende Forderung. Diese Forderung wurde aber nicht nur zurückgewiesen, sondern den Arbeitern seitens der Fabrikanten die Gegenforderung gestellt, die Mitgliedschaft des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter aufzugeben. Denjenigen, welche den Austritt aus dem Verein unterließen, wurde mit Arbeitsausperrung gedroht. Die organisirten Arbeiter Schweges wiesen diese unwürdige Forderung zurück, worauf die Fabrikanten brutalerweise ihre Drohung verwirklichten und ca. 250 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße setzten. Genossen! Genossinnen! Gelingt den Fabrikanten Schweges der Streich gegen die Organisation der Tabakarbeiter, so werden die Fabrikanten anderer Orte sofort diesem Beispiel folgen und die Organisation in ganz Deutschland zu zertrümmern suchen.

Darum wenden wir, die Unterzeichneten, um im Namen der auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Halle anwesenden 80 Delegirten der Tabak- und Zigarrenbranche an Euch und fordern Euch auf, uns im Kampfe unserer Organisation zu unterstützen.

Den Konsumvereinen, welche in Geschäftsverbindung mit den gegen uns streitenden Fabrikanten stehen, geben wir hierdurch ebenfalls von der Sachlage Kenntnis.

Wir hoffen nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter zu appelliren. Wie Ihr, Arbeiter Deutschlands, den frivolen Kampf gegen die Hamburger Arbeiter abgeschlagen habt, so werdet Ihr uns eure Hilfe in diesem Kampfe gegen unsere Organisation nicht versagen. Agirt zu unseren Gunsten, sammt Beiträgen, die, je eher und reichlicher sie zufließen, den Kampf verkürzen und erleichtern. Die Fabrikanten suchen sich Schweges als erstes Feld des Kampfes aus, weil sie hoffen, infolge der dort herrschenden ungünstigen Lage, die Arbeiter zu besiegen. Um die Unterstützung für die Aufgeperrten gerecht und ordnungsmäßig regeln zu können, bitten wir, sämtliche Beiträge an den Hauptkassirer des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, den Kollegen N i e d e r - W e l l a n d, Bremen, Leffingstr. 17, mit Angabe des Zweckes zu übermitteln. Ferner: Hannover. Frau Blohm-Hamburg. J. Bruhn-Bremen. F. Beyer-Leipzig. Heinrich-Altona. W. Herrmann-Dresden. F. Hofmann-Chemnitz. Keller-Görlitz. Kerl-Bremen. P. Wollenbuhr-Altona. Reuders-Brandenburg. Stolz-Bienitz.

Die gesammte Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht.

Versammlungen.

Der Fachverein der Gas-, Wasser-, Heizungsröhreleger und Berufsgenossen hielt am Sonntag seine regelmäßige Mitgliederversammlung in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 76, ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Herrn Hohlwegler über „Privateigenthum“. 2. Diskussion. 3. Besprechung über das Wintervergütungen. 4. Verschiedenes und Fragekasten.

Zu Punkt 1 erhielt Herr Hohlwegler das Wort und schilderte wie und auf welche Weise die besitzenden Klassen zu ihrem Eigenthum gekommen. Es werde zwar immer gesagt, das Eigenthum sei von Gott eingesetzt, wenn man sich aber das ganze Gebahren der kapitalistischen Gesellschaft betrachte, so wird man finden, daß dieselbe nur durch Lug und Trug, durch Abwacung an dem rechtlich verdienten Lohne der Arbeiter, zu ihrem Eigenthum, welches rechtmäßig der gesammten Gesellschaft gebührt, gekommen sei. Täglich sieht man, in welcher Weise die Lohnrücker des Unternehmertums vor sich geht, wie die Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters ausgebeutet und ausgebeutet wird, wie eine jede technische Erneuerung an Maschinen tausende von Kräften brotlos macht, sie auf die Straße wirft und ihrem Elend überläßt, und dieses nur deswegen, um auf schleunigstem Wege zu Reichthum zu gelangen und sich auf Kosten des Arbeiters ein behagliches Leben zu verschaffen. Neben schilderte ferner die Entstehung des landwirthschaftlichen Eigenthums, wie die Vorfahren unseres Junkertums, als Ritter ritter u. geplündert, und sich auf diese Weise in Besitz von Ländereien, welches jetzt als ein von Gott eingesetztes Eigenthum bezeichnet wird, gesetzt haben.

Das Kapital nützt und beutet Alles aus, was nur irgend profitabel ist. Die Wissenschaft ist Monopol der Kapitalistenklasse, die Gesetzgebung hat das Kapital in Beschlag genommen; die Gymnasien, welche durch Steuern unterstügt werden, werden vom Kapital ausgenutzt. Der Deut daß man hierzu Steuern entrichtet, besteht darin, daß man dem Arbeiter auf alle nur mögliche Art zu knechten und zu knechten sucht. 30 Millionen müssen hungern und darben, nur damit eine kleine Minderheit ihren Kisten röhren und Orgien feiern kann. Diese jetzigen Zustände sind auf die Dauer unhaltbar, es ist daher die Pflicht eines jeden Einzelnen, dahin zu streben und zu arbeiten, daß die Umgestaltung der heutigen Gesellschaft in eine sozialistische beschleunigt werde. Darum ist es notwendig, daß ein jeder Arbeiter einer gewerkschaftlichen Organisation angehöre, um sich zu bilden, sich selbst in derselben aufzuführen und in immer weiteren Schichten der Bevölkerung diese Aufklärung zu verbreiten. Nur durch Zusammenbruch des jetzigen Systems und Sozialistung des ganzen Produktionssystems kann eine Aenderung des Privateigenthums stattfinden. Lebhafter Beifall wurde dem Herrn Referenten für seinen anregenden Vortrag zu Theil. In der hierauf stattgefundenen Diskussion betheiligte sich Kollege Redner und nachdem der Referent.

Zu Punkt 3, Besprechung über das Wintervergütungen des Vereins, fand eine längere Debatte statt, da aber in den Wintermonaten fast sämtliche Lokaltäten, welche den Arbeitern zu politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen zur Verfügung stehen, bereits vergeben sind, wurde beantragt, von einem Wintervergütungen Abstand zu nehmen und gegen eine Stimme angenommen.

Nach Erledigung des Fragekastens machte der Vorsitzende auf die am 20. Oktober stattfindende Versammlung aufmerksam und schloß mit einem Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie die Versammlung.

Am 5. Oktober hielt der Fachverein der Tabakarbeiter seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme von Mitgliedern. 2. Vierteljahrsbericht. 3. Vortrag: „Was lehren uns die Unternehmerkoalitionen der Neuzeit.“ Referent Herr Birch. 4. Vereinsangelegenheiten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung meldeten sich vier Kollegen. Ausgeschlossen wurde H. Grund wegen residirender Beiträge. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verliest der Kassirer den Vierteljahrsbericht der Fachvereins-Kasse; hierauf den Bericht der Wander-Unterstützungskasse. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit und die Versammlung erteilt dem Kassirer Entlastung. Hierauf wird die Arbeitsnachweis-Kommission gebildet. Folgende Kollegen werden auf 1/4 Jahr gewählt: Herr. Moab, Probst, G. Schulz, Mischur und Sandig.

Hierauf erhielt Herr Birch zu seinem Vortrag das Wort. Derselbe führte der Versammlung mehrere Fabrikantenvereinigungen wie den Ring der Walzisenwerke, den Stickerverband und andere vor. Der Redner zeigte, wie dieselben auf Grund ihrer Vereinigung den Arbeiter zu drücken suchen und den Preis der Waare auf irgend eine beliebige Höhe zu bringen im Stande sind, ohne daß durch dieses „Indiehöherbringen“ der Preis dem Arbeiter auch nur eine kleine Verbesserung zu Theil würde. Im Gegentheil wird der Lohn manchmal hierdurch noch verringert. Der Verband sucht auch die Arbeitszeit zu regeln. Wie diese Regelung der Arbeitszeit aber vor sich geht, ergibt sich daraus, daß die Arbeiter 12, 13 und auch 14 Stunden arbeiten müssen. Das nennt man Regelung der Arbeitszeit im Sinne der Unternehmer. Referent führte auch aus, daß Bismarck seiner Zeit aus sprach: er machte sich eine Ehre daraus, Millionäre zu ziehen. Referent kann dieses Millionäreziehen sich aber nicht erklären, dasselbe müsse wohl nur besonders begabten Leuten möglich sein.

Ferner berührte Redner den Hamburger Zustand. Er beleuchtete die Kampfart desselben und erzählte, wie von Seiten des Kapitals mit Hilfe der Polizei die Ausständigen mit allen nur denkbaren niedrigen Mitteln bekämpft wurden. Alles aber prollte an der Einigkeit der Arbeiter ab. Der Vortrag lehrt uns, daß die Unternehmer den Arbeiter immer mehr, bis zur niedrigsten gesellschaftlichen Stufe herabdrücken wollen, so daß derselbe schließlich noch schlechter als ein Elende dastet. Daher müssen wir geschlossen gegen das Kapital kämpfen und für die weitestehende Verbreitung und Ausklärung der arbeitenden Klasse sorgen. — Lebhafter Beifall belohnte den Redner. Diskussion fand nicht statt. Folgende von Kollege Rügner gestellte Resolution gelangte zur Annahme:

Die heutige, am 5. Oktober in der Cambrinusbräuereitagende Mitgliederversammlung des Fachvereins der Tabakarbeiter Charlottenburgs erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln für die weitestehende Verbreitung der Aufklärung Sorge tragen zu wollen.

Schließlich wird noch der Fensterfrage Erwähnung gethan und befaßten die Kollegen nach dem 20. Oktober nicht mehr ohne verlagte Fenster zu arbeiten.

Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem dreimaligen Hoch auf die Arbeiterorganisation die gutbesuchte Versammlung. Am Sonntag, den 19. Oktober, fand in May's Festsaal, Große Straße 22, die konstituierende Versammlung statt, zu welcher Vertreter von 74 Gesangvereinen Berlins und Umgegend erschienen waren. Die Leitung der Versammlung wurde der Statuten-Verathungskommission übertragen und wurde nach längerer Diskussion das von der Kommission entworfene Statut mit einigen redaktionellen Aenderungen angenommen. 40 Vereine mit nahezu 1000 Mitgliedern erklärten sofort den Beitritt zum Bunde, während die Vertreter der übrigen 34 Vereine eine bestimmte Erklärung noch nicht abgeben konnten. Der die Versammlung leitende Genosse forderte diejenigen Sangesvereine, die auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stehen, als solchen Vereinen bezw. Sängerbunden, welche den Interessen der Arbeiterschaft feindlich oder gleichgültig gegenüberstehen, fern zu bleiben und nöthigenfalls aus denselben auszutreten. Außerdem wurde beschlossen der Kommission die provisorische Leitung des Bundes zu übertragen und die stattfindenden Versammlungen und Ausschüsse im „Berliner Volksblatt“ und in der „Berliner Volkstribüne“ durch Annonce bekannt zu geben. Mit dem Bunde „Ein Sohn des Volkes“ und einem dreimaligen Hoch auf den Bunde geschlossen. Der § 1. Zweck und Ziel des Bundes, lautet: „Der Bund verfolgt den Zweck, die Arbeiter-Gesangvereine zu einem großen Ganzen zu vereinigen und in Gemeinschaft wieder zu neuen Inhalten zu beschaffen und einzubringen. Beitrittswilligen sind bis auf Weiteres an Friedrichstr. 101, und Fr. Schlegelstr. 70; Neumann, Brunnenstraße 101, und Fr. Schlegelstr. 17, 8 Tr., zu richten.“

Große öffentliche Volks-Versammlung für den I. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 22. Oktober, Abds. 8 1/2 Uhr, in May's Festsaal, Veulstr. 19-22. Tages-Ordnung: 1886

1. Berichterstattung der Delegirten vom Halle'schen Kongress.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.

Große öffentliche sozialdemokr. Versammlung der Genossen des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Mittwoch, d. 22. Oktob., Abds. 8 Uhr, im groß. Saale d. Berl. Bockbrauerei, Tempelhofer Berg. Tages-Ordnung: 1887

1. Berichterstattung der Delegirten vom Parteitag.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Sozialdemokr. Wahlverein d. VI. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Große Versammlung.

Mittwoch, d. 22. Oktob., Abds. 8 1/2 Uhr, i. Saale d. Hrn. Lehmann, Schwedterstr. 24. Tages-Ordnung: 1400

1. Vortrag des Hrn. W. Schweizer: „Christenthum und Sozialismus.“
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes und Fragelasten.
- Gäste sehr willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt. — Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Oeffentl. Versammlung der Parteigenossen des V. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Mittwoch, den 22. Oktob., Abds. 8 Uhr, im Saale der Brauerei Köhligstadt, Schönhauser Allee 10-11. Tages-Ordnung: 1403

1. Berichterstattung über den Parteitag in Halle.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Der Einberufer.

Oeffentliche Versammlung sämtlicher Holz- u. Bretterträger Berlins.

Donnerstag, den 23. Oktober, Abds. 8 Uhr, in den Zentral-Festsälen, Oranienstr. 180. Tages-Ordnung:

1. Der bevorstehende Gewerkschafts-Kongress. Referent: Stadtv. Hr. Frh. Zubeil.
 2. Wahl der Delegirten.
 3. Verschiedenes.
- Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht W. Schönstein.

Achtung, Gastwirthe! Verein z. Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins u. Umgegend.

Freitag, d. 24. Oktob., Nachm. 4 1/2 Uhr, beim Kollegen Gründel, Dresdenerstr. 116. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Erziehung des Vorstandes.
 3. Kassenbericht.
 4. Antrag des Vorstandes und Vereinsangelegenheiten.
 5. Verschiedenes und Fragelasten.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht im Interesse der Tagesordnung Der Vorstand.

Rixdorf. Große Volks-Versammlung.

Donnerstag, den 23. Oktober, im Lokal des Herrn Niesogl, Bergstr. 129. Tages-Ordnung: 1408

1. Berichterstattung der Delegirten üb. d. Parteitag in Halle.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes und Fragelasten.
- Ersuche um zahlreiche Beteiligung der Genossen. Der Einberufer.

Todesanzeige.

Am 21. d. Mts., Nachts 1 Uhr, starb nach kurzem, schweren Leiden unser guter Vater und Schwiegervater, der Weber 1415

Joseph Kubisch

im 53. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. Mts., Nachm. 8 Uhr, vom Trauerhause, Manteuffelstraße 117, aus nach dem Michaelis-Kirchhofe statt.

Die trauernden Kinder.

Kranken- u. Begräbniskasse der Berl. Gürtler u. Bronzeure. E.H. 60.

Die Beerdigung des am 19. d. Mts. verstorbenen Mitgliedes, Gürtler Horm. Kasko, findet heute, Mittwoch, Nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Kirchhofes (Brih) aus statt. Um rege Beteiligung bittet 1413

Deutscher Schneider- u. Schneiderinnen-Verband.

Zentrale Berlin Nord. Donnerstag, den 23. Oktober, Abds. 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Fresselt, Grenadierstraße 33. Tagesordnung: Vortrag, Vorstandswahl, Verschiedenes. — Gäste, welche Mitglieder werden wollen, haben Zutritt. 1402

Achtung! Perlmutter-Arbeiter!

Der Streit bei der Firma Paul Hinz, Ritter-Straße 12, dauert unverändert fort. Zugang ist fern zu halten. [1405] Die Streikenden.

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich Größte Auswahl. Garantiert sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Tafe'schen Markt. [746]

Verantwortlicher Redakteur: Curt Gaake in Berlin. Druck und Verlag von Max Pading in Berlin SW., Veulstraße 2.

Wegen gänzlicher Auflösung

unseres seit 15 Jahren bestehenden Teppich-, Gardinen-, Leinen- und Baumwollwaaren-Geschäfts um Umwandlung in ein Spezial-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe und Mäntel

Vollständiger Ausverkauf

nachstehender Artikel:

Großes Lager Teppiche in allen neuen Geweben und sämtlichen Größen. Gewöhnliche Zimmergröße: 5 M., 6 M., 8 M., 10 M., 15 M. Salongröße: 10 M., 15 M., 20 M., 25 M., 30 M.

Großes Lager Gardinen, das Fenster: 2 M., 3 M., 4 M., 8 M., 10 M., 15 M.

Schwarze gestreifte, geblünte und glatte Damen-Kleiderstoffe.

Große Auswahl neuester Fantasiekreise, reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., 2 M. Große Auswahl neuester reich damascierter Blumenmuster, reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., 2 M. Reinwollene schwarze glatte, foulirte Tuchstoffe, doppeltbreit, Mtr. 1 M. 50 Pf., 1 M. 75 Pf., 2 M., 2 M. 50 Pf.

Größtes Lager Schweizer Stiderei-Roben in Berlin. In crème, weiß, ecru, ganze Robe 5 M. 50 Pf., 6 M. 50 Pf., 7 M. 50 Pf., 9 M., 10 M., 12 M. 50 Pf. 2256

Neue Herbst- und Winter-Damen-Kleiderstoffe.

Großarrige, neue Straßenkleiderstoffe, doppeltbreit, Mtr. 75 Pf., 1 M. Doppeltbreite, reinwollene Fantasiekaros, Mtr. 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf. Reinwollene glatte, vollgriffige Cöperstoffe, in allen neuen Farben, doppeltbreit, Mtr. 75 Pf., 1 M., 1 M. 50 Pf. 3/4 breite Damenuche in dunklen Farben, Mtr. 75 Pf., 1 M. 1/4 breite farbige feinste Cöper-Damenuche „Elastique“, Mtr. 2 M. 50 Pf., 3 M., 3 M. 50 Pf.

Schwere Hauskleiderstoffe, doppeltbreit, Mtr. 50 Pf., 75 Pf. Güte wollene Lamas für Morgenkleider, in schönen, neuen Streifen, doppeltbreit, Mtr. 75 Pf., 1 M. Echtfarbige, waschbare Flanelle für elegante Matinées und Morgenkleider, Mtr. 40 Pf., 50 Pf. Schwarze Seiden-Satin merveilleux, unter Garantie der Haltbarkeit, Mtr. 1 M. 50 Pf., 1 M. 75 Pf., 2 M., 2 M. 50 Pf., 3 M. Große Auswahl rein seidener, farbiger Seidenstoffe, Mtr. 2 M., 2 M. 50 Pf., 3 M.

Herbst- und Winter-Damen-Mäntel und Jacketts.

Große Auswahl Regenmäntel in allen neuen Façons und nur gebiegenes belatirten Stoffen, 8 M., 10 M., 15 M., 18 M. Große Auswahl Herbst- und Winterjacketts in allen neuen Façons, 6 M., 8 M., 10 M., 15 M. Große Auswahl Visites (kurzer Umhang für junge Damen und junge Frauen) in Wolle, Seidenmollasse und Seidenplüsch, 15 M., 20 M., 25 M., 30 M., 40 M. Große Auswahl eleganter langer Wintermäntel in allen schönen, neuen Façons und Größen, 20 M., 25 M., 30 M. Fertige Damenkleider, farcit und glatt, mit und ohne Sammetärmel, in großer Auswahl, sorgfältig gearbeitet, tadellos sitzend, 20 M., 25 M., 30 M., 40 M. Große Auswahl schwarzer Kleider, für Promenade und Trauer, 20 M., 25 M., 30 M., 40 M. Schwarze und farbige seidene Damenkleider, 50 M., 60 M., 75 M. Große Auswahl fertiger Morgenkleider, sorgfältig gearbeitet, tadellos sitzend, 7 M. 50 Pf., 9 M., 10 M., 12 M., 15 M.

Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstrasse. Ecke Lindenstraße.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren,

reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchennöbel in großer Auswahl empfiehlt Franz Tutzauer, S.O., Köpnickestr. 25, nahe d. Köpnicke Brücke.

Telefon: Amt III. 948.

Bettfedern- und Betten-Spezial- und Versand-Geschäft D. FEIBEL, Chausseestraße 111.

Bettfedern, nur vorzüglich entläubte Sorten, 1/2 Kilo 50, 75 Pf., 1, 1,50, 2, 2,50, 3 M. Ungeriff. feine weiße Gänsefedern 1 M. Halbdaunen 1,50, 2, 2,50, 3 M. Daunen 2,50, 3, 4 M., feine weiße 5, 6, 7,50, Eiderdaunen 27 M. Als Spezialität empfehle meine großlocht. graue Germania-Daune à 4,50, 8 Pf. genüg. zum gr. Deckbett.

Fertige Betten à Stand, besteh. aus Deckbett, Unterbett, 2 Kopfkiss., 12, 15, 18, 21, 24 M. Daunenbett 27 M. In rosa od. rosafarbig gestreift. Inlets 30, 36, 42, 48 M. d. i. d. ft. Fall.

Feldbetten zum Zusammenklappen, mit gepolsterter Matratze, 9, 10,50, 12 M.

Matratzen für Kinderbetten, von 3 M. an, für große Betten in Rohhaar, Indiasafer, Seegrassfüllung von 3,75 M. an.

Eiserne Bettstellen für Kinder, mit hohen Seitenheilen, bronziert, in großer Auswahl, von 10,50 M. an. Für Erwachsene in den verschiedensten Ausführungen von 4,50 M. an.

Bollatlas-Steppdecken in allen Farben, prachtvolle Handarbeit, 200 ctm. lang, 100 ctm. breit, 10 M. Prima 12, Junit. Bollatlas 7,50, einfachere 3, 4, 5, 6 M.

Bettwäsche, fertige Bezüge, Kissen, Salen, Bettdecken in großer Auswahl zu billigsten Fabrikpreisen.

Grat-Ausstattungen, ganze Einrichtungen für Hotels, Pensionate, Gasthäuser, Cafes zu konstanten Bedingungen.

Leblichelieferte Einrichtungen: Hotel Germania mit 220 Betten. Hotel Bauer, Hotel Gärtner, Hotel Quos, Café Bauer, Leipzig.

Mein langjähriges Renommee bürgt f. streng reelle Bedienung. Versand gegen Nachnahme. Austausch gestattet.

Möbel auf Theilzahlung Cohn Gebrüder

[941] Ein größerer Posten gebrauchter Möbel zu jedem Preise. Beamten auch ohne Anzahlung.

Lassalle-, Marx-, Bebel-, Liebknecht-, Singer-Köpfen

als Cigarrenspitze, echt Meerichamm à 1,50 M. u. besser. Dieselben (Stereooskop) in Reichelspize à 2 Hb. 3 M., auf Pfeifenkopf à 1 M., ganze Pfeifen 3 j. Preis, als Schlipsnadel in Perlmutter à 1,25 M., als Broche von Eisenbetin à 2 M. [2262] B. Günzel, Brunnenstr. 157.

Federn - Betten.

Federn und Daunen Pfd. 60, 90 Pf. bis 8 Mark. Deckbett, Kissen, Unterbett von 14,75 Mark bis 60 Mark. Fertige Inlets, Heberzüge, Laken, Bettdecken.

Oberhemden, Herren-, Damen- und Kinderhemden. Eisschlücher, Handtücher, Taschentücher.

H. Wessling, vormalig G. E. Matros, Dresdenerstraße 134, am Rottbufer Thor, 1650 früher Kommandantenstraße 2.

Stoehr & Behr,

Chausseestraße 123, 1 Et. (Am Oranienburger Thor). Größte Auswahl in

Teppichen,

als: Smyrna, Kymnische, Belours etc. zu fabelhaft billigen Preisen!

Möbelstoffen,

einzelne Sophabezüge spottbillig!

Gardinen,

weiß und crème von 3-40 M. pro Fenster.

Größtes Lager von Reiss-Tischdecken, Portiären etc. Läufer und Linoleum.

Streng reelle Bedienung.

Stoehr & Behr,

Chausseestraße 123, 1 Et. (Am Oranienburger Thor).

Zuch-Handlung von Carl

Gross, Brüderstr. 25. empfiehlt zur Winter-Modellstoffe zu billigen Preisen. und zurückgegebene Sachen werden Fabrikpreis verkauft. Musterkarten stehen den Herren Schneidermeistern gern zur Verfügung.

Steppdecken-Fabrik

Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Größte Auswahl! Voll-Atlas-Steppdecken mit Handarbeit 2 Mtr. lang, blau, grün, bordé, 7,50 Mark. Einzelne Schablonen Decken 3 und 4 Mtr. 7,50 Mark. Illustrierte Preisliste gr. u. fr.

Süherhund, weiß und braun

Galssband, mit eingraviertem Namen, entlaufen. Gegen hohe Belohnung abzugeben Reichenergerstr. 144, t. Kommandantenstr. 23, 24.

Kinderwagen.

Das gr. Lager Berlin, Kommandantenstr. 23, 24.